

Interventionen im PDG der ProDG-Fraktion/Lydia Klinkenberg
 Plenarsitzungen Dezember 2012 bis Dezember 2009

Es gilt das gesprochene Wort

<u>Haushaltsdebatte 2012 - ORGANISATIONSBEREICH 50 – GESUNDHEIT UND SOZIALES</u>	<u>4</u>
11. DEZEMBER 2012	4
<u>Geschäftsführungsverträge:</u>	<u>10</u>
16. JULI 2012	11
<u>Interpellation von Frau Klinkenberg an Herrn Ministerpräsidenten Lambertz über die Finanzierung und Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden des deutschen Sprachgebiets und der Deutschsprachigen Gemeinschaft</u>	<u>12</u>
Behandelt in der Plenarsitzung vom 21. Mai 2012	12
<u>Mündliche Frage von Frau Klinkenberg an Herrn Ministerpräsidenten Lambertz zum Stabilitätsprogramm der Föderalregierung</u>	<u>30</u>
Behandelt in der Plenarsitzung vom 21. Mai 2012	30
<u>Mündliche Frage von Frau Klinkenberg an Herrn Minister Paasch zu den EuroSkills 2012 in Francorchamps</u>	<u>33</u>
Behandelt in der Plenarsitzung vom 23. April 2012	33
<u>PROGRAMMDEKRETVORSCHLAG 2012 – DOKUMENT 94 (2011-2012) NR. 5</u>	<u>37</u>
13. FEBRUAR 2012	37
<u>Mündliche Frage von Frau Klinkenberg an Frau Ministerin Weykmans zum Radtourismus in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.....</u>	<u>41</u>
Behandelt in der Plenarsitzung vom 16. Januar 2012	41
<u>VORSCHLAG EINER RESOLUTION AN DIE FÖDERALE REGIERUNG SOWIE AN DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT ZUR ABSCHAFFUNG DER PRÜFUNG IM WETTBEWERBSVERFAHREN FÜR ZUGELASSENE HEILGYMNASTEN ZUR ERLANGUNG DES RECHTS, LEISTUNGEN ZU ERBRINGEN, DIE GEGENSTAND EINER BETEILIGUNG SEITENS DER GESUNDHEITSPFLEGEUND ENTSCHÄDIGUNGSPFLICHTVERSICHERUNG SIND</u>	<u>45</u>

22. Dezember 2011	45
<u>Haushaltsdebatte 2011: OB 50 – GESUNDHEIT UND SOZIALES</u>	<u>46</u>
6. DEZEMBER 2011	46
<u>VORSCHLAG EINES BESCHLUSSES ZUR GENEHMIGUNG DES ENTWURFS EINES GESCHÄFTSFÜHRUNGSVERTRAGS MIT DEM SOZIAL-PSYCHOLOGISCHEN ZENTRUM VOG „BERATUNG UND LEBENSHILFE“ – DOKUMENT 67 (2010-2011) NR. 2</u>	
<u>VORSCHLAG EINES BESCHLUSSES ZUR GENEHMIGUNG DES ENTWURFS EINES GESCHÄFTSFÜHRUNGSVERTRAGS MIT DEM FRAUENZENTRUM FÜR BERATUNG, BILDUNG UND OPFERSCHUTZ VOG „PRISMA“ – DOKUMENT 70 (2010-2011) NR. 2 ..</u>	<u>53</u>
10. OKTOBER 2011	53
<u>Mündliche Frage von Frau Klinkenberg an Frau Ministerin Weykmans zum Infomarkt „Ehrenamt in der DG“</u>	<u>56</u>
Behandelt in der Plenarsitzung vom 20. September 2011	56
<u>DEKRETTENTWURF ZUR ZUSTIMMUNG ZUM ZUSAMMENARBEITSABKOMMEN ZWISCHEN DER FRANZÖSISCHEN GEMEINSCHAFT UND DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT ÜBER DEN EINKAUF VON IMPFSTOFFEN ZUM SCHUTZ VON KINDERN UND JUGENDLICHEN, GESCHEHEN ZU BRÜSSEL AM 21. APRIL 2011 – DOKUMENT 82 (2010-2011) NR. 1</u>	<u>58</u>
27. JUNI 2011	58
<u>Mündliche Frage von Frau Klinkenberg an Herrn Ministerpräsidenten Lambertz zum Beitritt der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen</u>	<u>61</u>
Behandelt in der Plenarsitzung vom 28. März 2011	61
<u>Haushaltsdebatte 2011: OB 50 – GESUNDHEIT UND SOZIALES</u>	<u>64</u>
7. DEZEMBER 2010	64
<u>Mündliche Frage von Frau Klinkenberg an Herrn Ministerpräsidenten Lambertz zur Zusammenarbeit mit der Städteregion Aachen</u>	<u>70</u>
Behandelt in der Plenarsitzung vom 25. Oktober 2010	70
<u>DEBATTE ÜBER DIE GEMEINSCHAFTSPOLITISCHE ERKLÄRUNG DER REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT – DOKUMENT 16 (2009-2010) NR. 2</u>	<u>73</u>
27. SEPTEMBER 2010	73
<u>Mündliche Frage von Frau Klinkenberg an Frau Ministerin Weykmans zum Programm des EU-Ratsvorsitzes</u>	<u>77</u>

Behandelt in der Plenarsitzung vom 28. Juni 2010	77
<u>Mündliche Frage von Frau Klinkenberg an Frau Ministerin Weykmans zum Jugendtreff Freestyle</u>	<u>81</u>
Behandelt in der Plenarsitzung vom 17. Mai 2010.....	81
<u>Mündliche Frage von Frau Klinkenberg an Herrn Ministerpräsidenten Lambertz zum Visionspapier der flämischen Junggrünen</u>	<u>84</u>
Behandelt in der Plenarsitzung vom 19. April 2010	84
<u>DIENSTLEISTUNGSDEKRETENTWURF – DOKUMENT 29 (2009-2010) NR. 4</u>	<u>91</u>
15. MÄRZ 2010	91
<u>Haushaltsdebatte 2011: OB 50 – GESUNDHEIT UND SOZIALES.....</u>	<u>93</u>
1. DEZEMBER 2009	93

Haushaltsdebatte 2012 - ORGANISATIONSBEREICH 50 – GESUNDHEIT UND SOZIALES

11. DEZEMBER 2012

FRAU KLINKENBERG (vom Rednerpult): Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man so manchem Vorredner zuhört, muss man glauben, wir würden die Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bei vollem Kühlschrank verhungern lassen. Dabei ist das Gegenteil der Fall. Trotz knapper Kassen hat die Regierung die Priorität gesetzt, alle Dienstleistungen aufrechtzuerhalten, begonnene Projekte – wie beispielsweise das Interreg-Projekt zur Aufwertung der Pflegeberufe – zu Ende zu führen und, so weit erforderlich und möglich, eine Mittelerhöhung vorzusehen. Wer dann verschweigt, dass die Dotation, die die Deutschsprachige Gemeinschaft vom Föderalstaat erhält, abhängig ist von den Wirtschaftsparametern, die zurzeit nun wirklich nicht rosig sind, der versteckt das Fieberthermometer.

Ja, dieser Haushalt ist kein Düsenjäger, sondern eher ein bedächtiger Segelflieger, ein Symbol der Beständigkeit und der Kontinuität. Die Mittel sind begrenzt und Sparanstrengungen notwendig. Steuern erheben wir nicht. Daher bleibt uns nichts anderes übrig, als mit den Mitteln, die wir erhalten, so gut, wie es eben geht, zu wirtschaften. Genau das geschieht. Wir stellen uns dem Wandel und den Erfordernissen der Gegenwart, unser Ziel bleibt unverändert. Wir wollen eine Deutschsprachige Gemeinschaft, die Wohlbefinden, Gesundheitsprävention und soziale Gerechtigkeit großschreibt, eine inklusive Gesellschaft, in der jeder Mensch teilhaben kann, auch diejenigen mit Handicap oder Migrationshintergrund. Die zahlreichen Konzepte und Initiativen im Sozialbereich, die durch eine Reihe von

Studien unterstützt werden, suchen bedarfsgerechte Lösungsansätze für die gesellschaftlichen Herausforderungen dieser Zeit.

Erinnern möchte ich an die zuletzt gestartete Befragung der Senioren zur Lebenssituation in der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder die Erhebung zu den Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Da heute die Abschlussveranstaltung zum Case Management stattgefunden hat, möchte ich auch dieses wichtige Projekt nicht unerwähnt lassen. In den vergangenen Monaten ist intensiv an einem Rahmen gearbeitet worden, der es ermöglicht, Personen mit vielfältiger Problembelastung über eine gezielte Zusammenarbeit der Dienste und Organisationen noch besser zu betreuen.

Was uns das Jahr 2013 bringen wird, ist ungewiss. Gewiss ist allerdings, dass wir bemüht sind, vernünftige Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Prioritätensetzung, alle wichtigen Dienstleistungen aufrechtzuerhalten, wird umso klarer, wenn man das Beispiel der Dienststelle für Personen mit Behinderung heranzieht, die eine substantielle Erhöhung von 300.000 Euro erhält. Somit wird die auslaufende Finanzierung des Start Service durch den Europäischen Sozialfonds von der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgeglichen, um auch weiterhin die Ausbildung und Beschäftigung von behinderten Menschen zu fördern, so wie es im REK-Zukunftsprojekt Vielfalt erwünscht vorgesehen ist.

2014 startet die neue Förderperiode des Europäischen Sozialfonds. Die EU gewährt in diesem Rahmen finanzielle Unterstützung für innovative Projekte in der Solidarwirtschaft. Wünschen würde ich mir auch für die Deutschsprachige Gemeinschaft solche neuen Projekte, die eine berufliche Eingliederung von Personen ermöglichen, die es eben nicht so leicht haben, eine angemessene Anstellung zu finden.

Arbeit kann bereichern, sie kann aber auch krank machen. Insofern stimme ich Herrn Balter zu. Denn wer es bei der Informationsüberflutung der modernen Welt nicht

schaft, den Adrenalinpiegel zu senken, und wer sich zwischen anstrengenden Phasen nicht ausreichend erholen kann, fühlt sich irgendwann völlig erschöpft, kraftlos und leer. In den 1970er-Jahren beschrieb der Psychoanalytiker Freudenberg eben dieses Gefühl erstmals mit dem Begriff „Burn-out“. Die Zahl der Arbeitsunfähigkeiten aufgrund eines Burn-outs ist in den letzten Jahren rasant gestiegen. Wir hörten es eben. Dazu habe ich vor kurzem einen interessanten Artikel von Stefanie Voigt mit dem Titel Der ausgebrannte Nikolaus gelesen. Vor einigen Jahren hatte nämlich ein Nikolaus in der Eifel einen schlechten Tag. In der Zeitung stand am nächsten Tag ...

HERR MIESEN (aus dem Saal): In der Eifel?

(Gelächter)

FRAU KLINKENBERG (vom Rednerpult): ... „Burn-out eines Nikolaus: Heiliger Mann schläft Rausch auf Theke aus.“ Nachdem er sich auf seiner Geschenketour quer durch ein Eifeldörfchen verausgabt hatte, lag der Nikolaus mit so viel Schwere auf der Theke, dass er dort auch von erneuten Weihnachtsliedern der Umstehenden nicht aufgeweckt werden konnte.

(Gelächter)

Sicherlich, die Theke ist ein eigenes Biotop. Die Ernsthaftigkeit der Geschichte sollte uns allen allerdings bewusst sein. Denn die Phänomene Rausch und Burn-out haben so Einiges miteinander zu tun. Nicht umsonst gibt es den Begriff des Arbeitsrausches, eines Phänomens unserer Gesellschaft, die sich über Leistung und den Kult um die Arbeit definiert. Sind wir nicht alle hin und wieder in diesem rauschhaften Elan? Solange der Rückweg aus der Arbeitswut funktioniert, ist das nicht weiter problematisch. Problematisch wird es ab dem Zeitpunkt, wenn das eigene Leistungsvermögen falsch eingeschätzt wird und der Austritt aus einem permanent andauernden Arbeitsmodus schwierig wird. Die Arbeitswütigen sind wie die Alkoholsüchtigen ab

einem gewissen Zeitpunkt nicht mehr Herr ihrer Lage. Dann muss der menschliche Computer neu gestartet werden.

Besonders betroffen von Burn-out-Erkrankungen sind vor allem die Berufssparten, die idealistische Werte vermitteln, also Lehrer, Eltern und Arbeitnehmer in sozialen Berufen. Der ausgebrannte Nikolaus kann also froh sein, dass er nicht jeden Tag ins Haus kommen muss.

Diesen kleinen Exkurs habe ich unternommen, weil ich der Meinung bin, dass zwar der Begriff „Burn-out“ in aller Munde ist, es jedoch noch weit mehr Sensibilisierungsmaßnahmen bedarf, um zu gewährleisten, dass die Fallzahlen mittel- bis langfristig sinken. Diese Präventionsmaßnahmen müssen allerdings ganz explizit Betroffene einbeziehen und gezielt ansprechen. Sonst ist es wie mit dem leidenschaftlichen Raucher, der immer von der Gefahr des Rauchens für die Gesundheit liest und dann irgendwann aufhört zu lesen. Ich bin jedenfalls zuversichtlich und freue mich, dass am 22. November ein Kolloquium zum Thema „Stress, Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz“ stattgefunden hat, das der Frage nachging, was Unternehmen tun können, um psychosozialen Risiken am Arbeitsplatz vorzubeugen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zu den Rentnern, die die Zeit des Arbeitsdrucks hoffentlich hinter sich gelassen haben. Im kommenden Jahr soll mit der Bevölkerung, den Akteuren und den Gemeinden ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept erarbeitet werden. Es geht darum, die Seniorenpolitik der Deutschsprachigen Gemeinschaft zukunftsfähig zu gestalten. Das geht nur gemeinsam, denn die Herausforderungen sind groß. Wir hoffen auf eine ebenso breite Beteiligung wie bei den verschiedenen Veranstaltungen zum Jahr des aktiven Alterns, das nun bald zu Ende geht. Insgesamt stellte die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Gelder in Höhe von 10.000 Euro zur Verfügung. Acht Projekte, von Tanzformationen und Musikgruppen bis hin zu Vorträgen und Befragungen, wurden in diesem Rahmen finanziell unterstützt.

Eudomos-Ihr häuslicher Begleitdienst, der fast 90 % der Aufnahmen in ein Alten- und Pflegewohnheim koordiniert, ist mittlerweile grenzüberschreitend ein Erfolgsmodell mit steigendem Bedarf an Beratungspersonal geworden. Eudomos erhält daher zusätzliche Mittel in Höhe von 30.000 Euro.

Es gibt allerdings nicht nur positive Meldungen im Seniorenbereich. Schade finde ich, dass das Quartierskonzept des ÖSHZ Eupen scheinbar vorläufig nicht weiter bearbeitet wird. Trotzdem sind im entsprechenden Haushaltsposten Gelder vorgesehen worden, um handlungsbereit zu sein, wenn es weitergeführt werden sollte.

Es ist ebenfalls zu hoffen, dass das Seniorendorfhaus Schönberg bald starten kann. Auch hier sind die Mittel zur Verwirklichung schon in vorangegangenen Haushalten vorgesehen worden.

Von einem Seniorenprojekt wie das viel zitierte Sun City im sonnigen US-Bundesstaat Arizona, wo rund 40.000 alte Menschen mit einem Durchschnittsalter von 75 Jahren zusammenleben, sind wir zurzeit noch weit entfernt. Dazu braucht es wesentlich mehr private Initiativen und die Einbeziehung der Gemeinden und ÖSHZ. Die Politik kann nur Impulsgeber sein. Sun City, das mitten in der Wüste liegt, hat acht Golfplätze, zwei große Krankenhäuser, 200 Ärzte, 300 freiwillige Polizisten und Feuerwehrmänner und unzählige Kneipen und Restaurants. Ob wir ganz so luxuriöse Rahmenbedingungen brauchen, wage ich zu bezweifeln. Doch die verstärkte Investition in seniorenspezifische Angebote und die Förderung des Ehrenamts und der Nachbarschaftshilfe ist im Rahmen des demografischen Wandels auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erforderlich.

Im Allgemeinen werden leider vorrangig negative Aspekte genannt, wenn es um den steigenden Anteil älterer Mitbürger geht. Ganz anders sieht man das in der östlichsten Stadt Deutschlands, in Görlitz. Die Stadt verdankt ihren zugezogenen

älteren Menschen eine Perspektive. Der Wegzug der jüngeren Generation war nicht aufzuhalten. Keiner wollte leben, wo es keine Arbeit gibt. Das Rathaus entschied daraufhin, um die Rentner zu werben. Der Ort in Sachsen sanierte seine Altstadt, sodass Geschäfte und Treffs altersgerecht und zu Fuß zu erreichen sind, lockte die Senioren mit Infopaketen und Gratis-Probewohnen in die Stadt und stoppte damit den Bevölkerungsschwund durch den Zuzug von Senioren. Heute wirbt Görlitz mit einem Durchschnittsalter von 50 Jahren. Die Kaufkraft der Senioren verhalf Görlitz zum Aufschwung. Der Service für die Älteren ist das Einkommen der Jüngeren. Vereine und Veranstaltungsorte lebten durch die Nachfrage der Zugezogenen wieder auf. Die Altstadt von Görlitz ist zur Seniorenhochburg geworden. Verstehen Sie mich nicht falsch, wertere Kolleginnen und Kollegen, ich denke nicht, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft ein „Naherholungsgebiet“ für Rentner werden sollte. Aber die Stadt Görlitz wirft in meinen Augen einen neuen, positiveren Blick auf den demografischen Wandel. Der demografische Wandel kann also durchaus eine Chance darstellen, die wir nutzen sollten.

Ein Quartierkonzept wie das, das zurzeit in der Schublade des ÖSHZ Eupen liegt, könnte genau dort ansetzen. Ich hoffe daher sehr, dass es bald wieder aus dieser Schublade hervorgeholt wird.

Mit diesem Optimismus möchte ich abschließen und den zahlreichen Initiativen, die im Sozialbereich gestartet wurden, viel Erfolg wünschen. Die ProDG-Fraktion wird dem Haushalt vorbehaltlos zustimmen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Geschäftsführungsverträge:

**VORSCHLAG EINES BESCHLUSSES ZUR GENEHMIGUNG DES ENTWURFS ZUR
ABÄNDERUNG DES GESCHÄFTSFÜHRUNGSVERTRAGS MIT DEM VERKEHRSAMT DER
OSTKANTONE 2011-2014 – DOKUMENT 63 (2011-2012) NR. 4**

**VORSCHLAG EINES BESCHLUSSES ZUR GENEHMIGUNG DES ENTWURFS ZUR
ABÄNDERUNG DES GESCHÄFTSFÜHRUNGSVERTRAGS MIT DER VOG
VERBRAUCHERSCHUTZZENTRALE – DOKUMENT 64 (2011-2012) NR. 4**

**VORSCHLAG EINES BESCHLUSSES ZUR GENEHMIGUNG DES ENTWURFS ZUR
ABÄNDERUNG DES GESCHÄFTSFÜHRUNGSVERTRAGS MIT DEM SOZIAL-
PSYCHOLOGISCHEN ZENTRUM VOG „BERATUNG UND LEBENSHILFE“ –DOKUMENT
67 (2011-2012) NR. 4**

**VORSCHLAG EINES BESCHLUSSES ZUR GENEHMIGUNG DES ENTWURFS ZUR
ABÄNDERUNG DES GESCHÄFTSFÜHRUNGSVERTRAGS MIT DER VOG SOZIALE
INTEGRATION UND ALLTAGSHILFE (S.I.A.) – DOKUMENT 68 (2011-2012) NR. 4**

**VORSCHLAG EINES BESCHLUSSES ZUR GENEHMIGUNG DES ENTWURFS ZUR
ABÄNDERUNG DES GESCHÄFTSFÜHRUNGSVERTRAGS MIT DEM ÖFFENTLICHEN
SOZIALHILFEZENTRUM EUPEN BEZÜGLICH DES ZENTRUMS FÜR SOZIAL-
PÄDAGOGISCHE KINDER- UND JUGENDBETREUUNG MOSAIK – DOKUMENT 69
(2011-2012) NR. 4**

**VORSCHLAG EINES BESCHLUSSES ZUR GENEHMIGUNG DES ENTWURFS ZUR
ABÄNDERUNG DES GESCHÄFTSFÜHRUNGSVERTRAGS MIT DEM FRAUENZENTRUM
FÜR BERATUNG, BILDUNG UND OPFERSCHUTZ VOG „PRISMA“ – DOKUMENT 70
(2011-2012) NR. 4**

16. JULI 2012

FRAU KLINKENBERG (vom Rednerpult): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Mit Kritik brauche ich ja nicht zu rechnen, denn die Opposition ist ja so gut wie nicht anwesend. Natürlich gibt es politisch nichts Schöneres als einen ausgeglichenen Haushalt, der unbehelligt von Finanz- und Wirtschaftskrisen auch noch das Ansparen von Reserven erlaubt. Vielleicht erinnern Sie sich, dass das in der letzten Legislaturperiode unter dieser Mehrheit noch der Fall war. Damit – und das weiß sie genau – wäre der Opposition jedoch das Wasser zum Leben genommen. Wir sparen also nicht fröhlich vor uns hin, sondern verteilen die Sparlast ganz bewusst auf so viele Schultern und so gerecht wie eben möglich, damit die Interessen unserer Gemeinschaft und auch die der Schwächsten unter uns gewahrt bleiben.

Mittlerweile sollte jedem klar sein, dass alle Geschäftsführungsverträge, so wie sie mit den Organisationen unterzeichnet worden sind, eingehalten werden. Ihre Verlängerung um ein weiteres Jahr dient vor allem dazu, den Organisationen auch im haushaltspolitisch schwierigen Jahr 2015 einen festen Zuschuss zu garantieren. So werden diese Dienstleistungen auch über Zeiten knapper Kassen hinweg abgesichert. Die Regierung verpflichtet sich nämlich durch die vorliegenden Geschäftsführungsverträge dazu, den sechs Partnerorganisationen im Jahr 2015 Zuschüsse von fast 4,4 Millionen Euro auszuzahlen. Das ist die Kernaussage der Vertragsabänderung. Inhaltlich ändert sich an den Verträgen nichts. Deshalb wird die ProDG-Fraktion den Anpassungen zustimmen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Interpellation von Frau Klinkenberg an Herrn Ministerpräsidenten Lambertz über die Finanzierung und Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden des deutschen Sprachgebiets und der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Behandelt in der Plenarsitzung vom 21. Mai 2012

FRAU KLINKENBERG (vom Rednerpult): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Antwort des Ministerpräsidenten auf eine von Herrn Grommes eingereichte schriftliche Frage vom 15. Februar 2012 beinhaltet eine tabellarische Aufstellung über die Gemeindefinanzierung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft. Die Antwort auf die von meinem ehemaligen Kollegen Gerhard Palm eingereichte schriftliche Frage vom 15. Juli 2010 geht sogar noch ein Stück weiter. Neben den Angaben zu den von der Deutschsprachigen Gemeinschaft an die Gemeinden überwiesenen Summen der Gemeindedotation, der Wegedotation, der Zuschüsse für die Grundschulen und für arbeitsbeschaffende Maßnahmen beleuchtet sie die gesamte Finanzsituation der deutschsprachigen Gemeinden inklusive ihrer Reserven. So kann man anhand der übermittelten Tabellen feststellen, dass der finanzielle Anteil der Zuschüsse der Deutschsprachigen Gemeinschaft an den Einnahmen der neun deutschsprachigen Gemeinden bis zu 34 % betrug. Die weiteren Einnahmen sind größtenteils Steuereinnahmen. Nimmt man dann die Antwort auf die von Herrn Palm eingereichte schriftliche Frage vom 23. Dezember 2009 hinzu, wird klar, dass die Zuschüsse der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Infrastrukturvorhaben für die Finanzsituation der Gemeinden mittlerweile eine wesentliche Rolle spielen.

In der Antwort auf die schriftliche Frage von Herrn Grommes erinnerte der Ministerpräsident daran, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft den neun deutschsprachigen Gemeinden seit 2009 2,16 Millionen Euro mehr ausgezahlt hat, als

sie selbst von der Wallonischen Region für die Wahrnehmung der Gemeindezuständigkeit erhalten hat. Zudem waren sich bei der Verabschiedung des Infrastrukturdekrets alle Fraktionen einig, dass die Erhöhung des Zuschusses von 60 % auf 80 % nicht nur dazu beiträgt, Schulbauten zu fördern, sondern dass sie ebenfalls zu einer finanziellen Entlastung der Gemeinden führt. Darauf wies Gerhard Palm damals in seiner schriftlichen Frage hin.

In der letzten Legislaturperiode hat es außerdem eine Erweiterung der bezuschussbaren Projekte der Gemeinden gegeben, bei der es sich um eine umfangreiche finanzielle Hilfe für die Gemeinden und ihre Behörden handelt. Während die sogenannte Wegedotation für kommunale Straßenbauprojekte gilt, werden die Infrastrukturen der Gemeinden, ÖSHZ und Kirchenfabriken – zum Beispiel Rathäuser, Verwaltungsgebäude, nicht denkmalgeschützte Kirchen und Kapellen, Energiesparmaßnahmen, Heizungsanlagen, Fuhrparks und Lager – von der Deutschsprachigen Gemeinschaft mittlerweile zu 60 % unterstützt. Von 2005 bis 2011 hat die Deutschsprachige Gemeinschaft über die eigentliche Gemeinde- und Wegedotation hinaus 22 Millionen Euro über eigene Zuständigkeiten in kommunale Projekte investiert.

Vor diesem Hintergrund verwundert mich die Kritik einzelner Mitglieder dieses Parlaments. So sprach zum Beispiel der CSP-Fraktionsvorsitzende in der Debatte zum letzten Programmdekret von durch unnötige Ausgaben der Lambertz-Regierung entstandenen Finanzlöchern der Gemeinschaft, die von den Gemeinden gestopft werden müssen. Herr Frank ging in seiner Ansprache anlässlich des CSP-Neujahrsempfangs noch weiter:

„Immer öfter müssen auch die Gemeinden für die völlig verfehlte und unvernünftige Finanzpolitik der DG-Regierung den Kopf erhalten, wie die jetzt geplante Kürzung der Wegebaudotation erneut beweist. Viel zu häufig wird die Geldknappheit der übergeordneten Behörde auf die Gemeinden abgewälzt und die noch vorhandenen

Reserven der Gemeinden als Sanierungsmöglichkeit gesehen. Wer den Dienst am Bürger will – und den leisten die Gemeinden bisher hervorragend –, der darf der Gemeinde nicht die Möglichkeit zur Arbeit nehmen und ihr den Geldhahn zudrehen.“

Aufgrund der Widersprüchlichkeit zwischen den hohen finanziellen Aufwendungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft zugunsten der Gemeinden einerseits und den kritischen Aussagen einiger Mitglieder dieses Parlaments andererseits habe ich gerade vor dem Hintergrund der anstehenden Debatte zur ersten

Haushaltsanpassung folgende Fragen: Wie hoch sind die Reserven der Gemeinden insgesamt? Wie hoch ist mittlerweile seit Verabschiedung des Infrastrukturdekrets, ganz objektiv in Zahlen ausgedrückt, der finanzielle Vorteil der Gemeinden durch die erhöhte Bezuschussung von 80 % statt 60 % für Schulbauvorhaben, für die die Wallonische Region beispielsweise nur 40 bis 60 % aufbringt? Wie hoch ist der finanzielle Vorteil, der den Gemeinden dadurch entstanden ist, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft im Gegensatz zur vorherigen Praxis und zur Wallonischen Region beschlossen hat, nun auch nicht denkmalgeschützte Kirchen und Kapellen und gemeindeeigene Infrastrukturen wie Rathäuser, Verwaltungsgebäude oder Fuhrparks zu bezuschussen?

Im Grenz-Echo vom 24. April 2012 konnte man nachlesen, dass die Regierung im Bereich der Infrastrukturpolitik bis 2019 34,7 Millionen Euro einsparen möchte. Welche Auswirkungen hat dies auf die Infrastrukturpolitik in den Gemeinden?

Ab 2015 strebt die Deutschsprachige Gemeinschaft jährlich einen ausgeglichenen Haushalt nach den Vorgaben des Hohen Finanzrates an und wird zudem durch EU-Vorgaben voraussichtlich gezwungen sein, ab 2018/2019 die Schuldenbremse einzuhalten. Sie wird also keine Investitionen mehr über anrechenbare Schulden finanzieren dürfen. Der Ministerpräsident sprach von einem Paradigmenwechsel im Infrastrukturbereich. Welche Auswirkungen wird dieser Wandel der Infrastrukturpolitik auf die Gemeinden haben? Wird die Deutschsprachige

Gemeinschaft aufgrund dieser EU-Vorgaben mittelfristig überhaupt noch größere Investitionen in Infrastrukturen wie Krankenhäuser, Altenheime, Schulen und denkmalgeschützte Gebäude tätigen dürfen?

Zu guter Letzt möchte ich den Ministerpräsidenten bitten, dem Parlament generell darzulegen, wie sich die Zusammenarbeit zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und den deutschsprachigen Gemeinden seit Übernahme der Gemeindezuständigkeit gestaltet und wie zufrieden die beiden Partner damit sind. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident (vom Rednerpult): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind wieder dort angekommen, wo wir zu Beginn der heutigen Sitzung waren, und zwar bei den Finanzen. Wir müssen uns allerdings einigen: Bekommen die Gemeinden zu viel oder zu wenig Geld? ... (Vereinzelt Gelächter und Zwischenrufe) ... Das ist eine Ansichtssache, und genauso wenig, wie sich Herr Braun in ein vermeintliches Scharmützel zwischen Kollegin Klinkenberg und der CSP einmischen möchte, genauso wenig möchte ich jetzt Schiedsrichter bei der Frage spielen, ob die ECOLO-Fraktion oder die CSP-Fraktion recht hat. Das sollen beide unter sich ausmachen.

Kommen wir zu den Fakten ... (Zwischenruf: „Da bin ich gespannt!“) ... – wobei selbst die Fakten anscheinend keine Fakten mehr sind, wenn ich bei der Stellungnahme von Herrn Frank richtig zugehört habe. Es ist unumstritten so, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft den Gemeinden seit 2005 2,16 Millionen Euro mehr zur Verfügung gestellt hat, als sie selbst für diese Zuständigkeiten von der Wallonischen Region erhalten hat. Wenn man redlich rechnen möchte, muss man natürlich die Tatsache berücksichtigen, dass wir Kosten, die sonst über die Sozialhilfedotation abgewickelt wurden, jetzt über den allgemeinen Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezahlen und somit dann mehr Geld für die Sozialhilfedotation und die Gemeindedotation zur Verfügung haben. Übrigens sind diese 2,1 Millionen Euro noch

unterbewertet, denn in dieser Summe sind nicht einmal die Verwaltungskosten enthalten, die ebenfalls bei den Verhandlungen vorgesehen waren, um die Verwaltungskosten der Deutschsprachigen Gemeinschaft bei der Ausübung dieser neuen Aufgaben zu decken.

Sie können es drehen und wenden, wie Sie möchten, Fakt ist: Von 2005 bis 2012 haben die Gemeinden für ihre Zuständigkeiten 2,1 Millionen Euro mehr erhalten, als wir dafür von der Wallonischen Region erhalten haben. Wir haben eine zusätzliche Anstrengung gemacht und das wird auch in Zukunft so bleiben, unter anderem wegen der Erhöhung der Wegedotation, die ja immer noch auf 3 Millionen Euro hochgefahren, jedoch zeitlich etwas mehr gestreckt wird.

Es wird von uns behauptet, wir hätten damals schlecht verhandelt. Kollege Frank, eine solche Unterstellung ist nicht einmal ein müdes Lächeln wert. Damals hat Ihre Fraktion hier in diesem Hause Zeter und Mordio gegen die Übertragung der Gemeindeaufsicht geschrien. Daran erinnern wir uns noch sehr gut. Sie selbst, Herr Frank, waren damals noch nicht Mitglied des Parlaments. In dem Punkt haben Sie das Privileg der späten Geburt. Jedoch ernsthaft zu behaupten, wir hätten die Zuständigkeit der Aufsicht über die Gemeinden schlecht verhandelt, ist schon ein sehr starkes Stück. Diese Behauptung ist nicht einmal lustig, sondern ganz einfach dumm und dämlich.

Die Verhandlungen im Vorfeld der Übernahme dieser Zuständigkeit waren sehr gut. Ab dem Moment, wo die nötigen Voraussetzungen gegeben waren, hat es inzwischen auch schon die damals vorgesehenen Nachbesserungen gegeben. Ich wäre froh, wenn ich es in den Verhandlungen mit der jetzigen Wallonischen Regierung schaffen könnte, dass diese Regelungen in puncto Gemeindezuständigkeiten auch in Zukunft gelten, denn ich befürchte, dass es insbesondere seitens der wallonischen Regierung und ihres Finanzministers Versuche geben könnte, daran etwas zu ändern. Wie bereits erwähnt, liegen mir jedoch die Ergebnisse der heutigen Sitzungen noch nicht

vor, und ich bin gespannt, was die Vertreterin des wallonischen Finanzministers in dieser Kommission gesagt hat, obschon sie ja gar nicht Mitglied des Kabinetts des Finanzministers ist, was die Kommunikation natürlich besonders spannend macht.

Wie dem auch sei, kommen wir zu den Zahlen: Seit 2005 hat die Deutschsprachige Gemeinschaft die Gelder auf eine sehr redliche und verlässliche Art und Weise ausbezahlt. Es hat noch nie einen Gemeindehaushalt gegeben, dessen Verlässlichkeit aufgrund einer Änderung von Regierungsentscheidungen in Frage gestellt wurde. Wir haben die Zahlen immer so gelassen, wie sie ursprünglich mitgeteilt wurden, und sie erst für die folgenden Jahre jeweils angepasst. Dass bei den zu ergreifenden Sparmaßnahmen auch die Gemeinden nicht ganz ungeschoren davonkommen, ist in Anbetracht des Ausmaßes der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise wohl selbstverständlich. Zudem zu behaupten, die Deutschsprachige Gemeinschaft sei die einzige Region auf der Welt, für die die finanziellen Sparzwänge nicht aufgrund der internationalen Wirtschafts-, Finanz- und Schuldenkrise, sondern aufgrund des Missmanagements der Regierung entstanden seien, ist wieder einmal so eine übertriebene und daher jeder Glaubwürdigkeit entbehrende Äußerung, für die Kollege Frank hier mittlerweile schon als Qualitätssiegel steht. Nein, genau wie andere Länder und Regionen haben auch wir Konsequenzen aus der internationalen Krise zu ziehen. Meines Erachtens ist uns das ganz gut gelungen. Ihr Versuch, der Regierung Verschwendung vorzuwerfen, kann ich wie bereits in der Vergangenheit nur als Demagogie bezeichnen. Ich werde deshalb gar nicht weiter darauf eingehen, weil ich es einfach ziemlich witzlos finde.

Zu behaupten, wir würden den Menschen das Blaue vom Himmel versprechen, ist sehr mutig. Ich habe etwas Ähnliches schon einmal von einem gewissen Schöffen in Kelmis gehört. Dass jedoch genau derselbe Mann hier im Parlament der Regierung denselben Vorwurf macht, ist doch schon etwas ganz Besonderes.

Übrigens: Wenn wir mehr für die Gemeindestraßen ausgeben, als das vielleicht der ECOLO-Fraktion seit eh und je lieb ist, dann geben wir damit kein Geld für Zuständigkeiten aus, die wir nicht haben. Im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die Gemeindefinanzierung ist die Deutschsprachige Gemeinschaft auch für die Gemeindestraßen zuständig. Daran gibt es nichts zu rütteln. Über die heutige Wegedotation – früher über die bezuschussten Arbeiten – gehören die Gemeindestraßen sehr wohl zu den kommunalen Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Wir haben uns diesbezüglich also nichts vorzuwerfen.

Auch die weiteren Sparmaßnahmen, die jetzt mit einer zweijährigen Aussetzung der einprozentigen Erhöhung der Gelder auf die Gemeinden zukommen, sind verkräftbar. Auch Ende 2014 wird die Summe, die wir den Gemeinden ausgezahlt haben, höher geblieben sein als das, was wir von der Wallonischen Region für die Gemeinden erhalten haben. Unter solchen Voraussetzungen zu behaupten, wir würden den Geldhahn zudrehen, ist schon eine sehr gewagte Rhetorik.

Bleiben wir noch ein wenig bei den Zahlen und widmen wir uns dem, was seit 2005 im Bereich der Infrastrukturen an die Gemeinden gezahlt wurde, denn das ist auch sehr interessant. Die Wallonische Region hat bis 2005 sehr wohl hin und wieder in hiesige Gemeindeinfrastrukturen investiert – insofern hat Frau Klinkenberg nicht ganz recht mit ihren Aussagen –, aber es gab bei der Region dafür, wie für viele andere Dinge auch, kein verlässliches und berechenbares System. Ob damals eine nicht klassierte Kirche Geld von der Wallonischen Region bekam, war sozusagen ein Lotteriespiel. Wir haben nach Übernahme der Zuständigkeit die Vergabe von Zuschüssen systematisiert und erhebliche Anstrengungen gemacht. Auch das beweist, dass die fadenscheinige und demagogische Kritik der CSP-Fraktion gegenstandslos ist.

Rechnet man die bereits zugesagten Zuschüsse der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Arbeiten an Kirchen, für sonstige Gemeindeinfrastrukturen, für Rathäuser und Bauhöfe – sie sind uns genauso wichtig wie die Infrastrukturen für die vernünftige Unterbringung der Gemeinschaftsinstitutionen – zu den im Infrastrukturplan 2012 vorgesehenen Projekten hinzu, dann kommen wir für die Zeitspanne ab Übernahme dieser Zuständigkeit im Jahr 2005 auf 16,22 Millionen Euro an Infrastrukturzuschüssen für die Gemeinden für klassisch bezuschusste Arbeiten. Wenn wir dem noch die Mittel für die Wegedotation hinzufügen, werden wir feststellen, dass zwischen der Einführung dieser Wegedotation im Jahr 2009 und 2012 ganz beachtliche 4,65 Millionen Euro in diese Dotation geflossen sind. Mittlerweile liegt die jährliche Summe bei über 1 Million Euro, obschon wir von der Wallonischen Region dafür nur 800.000 Euro erhalten haben. Das sind bedeutende Mittel, von denen die Gemeinden ganz erheblich profitieren.

Für ihre klassischen Zuständigkeiten hat die Deutschsprachige Gemeinschaft seit Beginn der aktuellen Infrastrukturplanung rund 22 Millionen Euro an Zuschüssen für Infrastrukturbereiche gewährt, die sie seit eh und je betreut. Dabei handelt es sich u. a. um Projekte wie das zweite Schwimmbad im Norden der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Meines Wissens wird es in Kelmis errichtet. Die Akte dürfte Ihnen doch ein wenig bekannt sein, Herr Frank.

Ganz besonders spannend sind natürlich die Zuschüsse für Schulbauten, die wir nach der Lambermont-Refinanzierung und nach Verabschiedung des Infrastrukturdekrets auf 80 % festgelegt haben, was in Belgien einmalig ist und auch alle Krisen überdauert hat. Im Zeitraum zwischen dem Beginn der Infrastrukturplanung und Ende 2012 werden 34,11 Millionen Euro an Zuschüssen in kommunale Schulbauten geflossen sein. Wenn wir die achtzigprozentige Bezuschussung des PPP-Projekts noch hinzunehmen, die sich auf die Grundschulen der Stadt Eupen bezieht und die sich bei

13,7 Millionen Euro Baukosten auf 11,1 Millionen Euro beläuft, dann komme ich auf 45,2 Millionen Euro an Zuschüssen für kommunale Schulen.

Nicht von ungefähr ist die Schullandschaft in Ostbelgien infrastrukturell in Ordnung und bietet damit hervorragende Voraussetzungen für das Lernen und Lehren in allen Gemeinden und Dörfern. Auch auf die Frage, was denn die Erhöhung der Zuschüsse um 20 % mehr ausgemacht hat, kann man antworten, dass sie für diesen Zeitraum einen Betrag von immerhin 11,3 Millionen Euro ausmacht. Wenn die Schulen zu 60 % subventioniert würden, wie das anderswo der Fall ist, dann hätten die Gemeinden in dieser Zeit 11,3 Millionen Euro weniger erhalten. Und da werfen Sie uns vor, wir würden den Gemeinden den Geldhahn zudrehen! In welcher Welt leben wir denn?

Den Gemeinden geht es nicht schlecht. Das kann man unter anderem der Note über die Finanzlage der Gemeinden entnehmen, die dem Jahresbericht über die Gemeindeaufsicht beigelegt ist und die wir wie jedes Jahr dem Parlament unterbreitet haben. Es lohnt sich, dieses Dokument im Detail zu studieren. Ich möchte darauf nicht im Einzelnen eingehen, aber dennoch drei Zahlen nicht unerwähnt lassen. Wenn ich die Trimester zusammenzähle und davon den Durchschnitt nehme, dann hatten im letzten Jahr alle Gemeinden zusammen Reserven in einer Höhe von 28,9 Millionen Euro. Auch die Verschuldung der Gemeinden soll nicht unerwähnt bleiben. Sie belief sich am 1. Januar 2012 auf 54,7 Millionen Euro. Aus den Haushalten der Gemeinden geht hervor, dass sie sich bis Ende 2012 auf 69,9 Millionen Euro erhöhen wird. Ich erinnere daran, dass die Verschuldung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im selben Zeitraum um 4 Millionen Euro abgebaut wird. Das erwähne ich jetzt nur, um mit denselben Waffen zu kämpfen wie die Opposition. Tatsache ist, dass die Gemeinden eine vernünftige Verschuldungspolitik betreiben und dass die Gemeinschaft das auch tut. Man sollte aufhören, dieses läppische Spiel der Guten und der Bösen zu spielen, das überhaupt

nichts bringt und auch nicht den wirklichen Beziehungen zwischen den Gemeinden und der Deutschsprachigen Gemeinschaft entspricht.

Ich möchte jetzt nicht über Tiefenpsychologie und Schizophrenie reden, um das manchmal zwiespältige Verhältnis zwischen Gemeinden und Gemeinschaft darzustellen. Es ist bisweilen schon etwas eigenartig: Wenn die Regierung mit Gemeindeverantwortlichen spricht, stellt sie dabei in der Regel sehr große Zufriedenheit und kooperatives und partnerschaftliches Verhalten fest; im Parlament reden zum Teil dieselben Leute aus der Opposition heraus ganz anders mit uns. Man muss dafür zwar ein gewisses Verständnis aufbringen; jeder hat seine Rolle, sei es in der Gemeinde, in der Regierung, in der Mehrheit oder in der Opposition. Aber man soll es nicht übertreiben und zumindest bei der Wahrheit und den Fakten bleiben.

Bei der Übernahme neuer Zuständigkeiten habe ich immer wieder gesagt, dass zusätzliche Zuständigkeiten für die Gemeinschaft auch zu einer konkreter erlebten und erlebbaren Autonomie für die Gemeinden führen müssen. Genau das ist geschehen: So vieles hat sich verbessert! Wie neidisch sind andere Gemeinden in Belgien auf unsere Situation! Ich rede noch nicht einmal von der Vereinfachung der Gemeindeaufsicht und von der Abschaffung der jahrzehntelang als lästige Zusatzarbeit empfundenen Übersetzung von Aktenstücken. Ich denke an die Harmonisierung der Infrastrukturbestimmungen und an die für belgische Verhältnisse fast schon revolutionäre Einführung einer kommunalen Wegedotation anstelle der wallonischen Dreijahrespläne für den Straßenbau. Ich erinnere an viele andere Dinge, angefangen bei den Kirchenfabriken über die Bestattungs- und Friedhofsgesetzgebung bis hin zum Kernstück Gemeindedotation, die wir neu geordnet haben. Nirgendwo sonst haben die Gemeinden bei der Bestimmung der Regeln, die für die Verteilung der Gemeindedotation gelten, ein so großes Mitspracherecht gehabt wie in Ostbelgien. Das kann es nirgendwo sonst in Belgien geben, weil andernorts die Zahl der Gemeinden viel zu groß ist. In der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist in der

Vergangenheit partnerschaftlich und vertrauensvoll zusammengearbeitet worden und das wird auch in Zukunft der Fall sein.

Unser Finanzgebaren ist sehr verlässlich und vorhersehbar. Wo anders können Gemeinden so konkret über ihre eigenen Dossiers mitdiskutieren wie bei den jährlich mit jedem Gemeindegremium zum Infrastrukturplan stattfindenden Gesprächen der Regierung? Ich kenne keine andere Gegend in unserem Land, wo das der Fall ist.

Auch bei anderen Anliegen, die die Finanzen und die Gemeindeaufsicht betreffen, habe ich noch nie ein Wort der Kritik gehört, wenn es um einen konkreten Punkt ging. Pauschalisierende Verunglimpfungen, wie wir sie heute wieder zahlreich gehört haben, gibt es immer wieder seitens der größten Oppositionspartei in diesem Hause, jedoch ist es noch nie vorgekommen, dass konkret in einem Einzelfall etwas beanstandet wurde. Ganz im Gegenteil, jeder ist zufrieden und beglückwünscht die Verwaltung und die Regierung zu der Art und Weise, wie sie mit den Gemeinden umgehen.

Zudem ist der regelmäßige Dialog, den wir zweimal pro Jahr mit den Bürgermeisterinnen und den Gemeindegemeindeführern führen und demnächst im Juni wiederholen, ein lebendiges Beispiel für die gute Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Aus Anlass des Abschlusses der Legislaturperiode der Gemeinden werden wir für die nun anstehende Gesprächsrunde einen Bericht über die während der sechs verflossenen Jahre stattgefundenen Zusammenkünfte veröffentlichen, aus dem ersichtlich werden wird, wie intensiv und eng zusammengearbeitet worden ist.

Auch bei der Umsetzung des REK wird gut und konkret zusammengearbeitet. An der Vorbereitung der Übernahme der neuen, für die Gemeinden sehr relevanten Zuständigkeiten Raumordnung und Wohnungsbau sind die Gemeinden während zwei Legislaturperioden eng beteiligt gewesen. Das wird auch in Kürze der Fall sein, wenn

es darum geht, die erhofften Ergebnisse aus den Verhandlungen auf föderaler Ebene umzusetzen.

Das alles sind Indizien dafür, dass sich das Verhältnis zwischen den Gemeinden und der Deutschsprachigen Gemeinschaft seit der Übernahme der Gemeindezuständigkeit erheblich verbessert hat. Werte Kollegin Klinkenberg, damit habe ich auch schon die letzte Ihrer Fragen beantwortet.

Ihre erste Frage war ebenfalls schon Gegenstand von einigen Zahlen und Bemerkungen. Es bleibt mir noch, die Frage nach der zukünftigen Infrastrukturpolitik und die Frage, wie es denn nach Einführung der Schuldenbremse mit der Finanzierung der Gemeinden weitergehen soll, zu beantworten.

Es stimmt, dass von den Sparmaßnahmen von rund 67 Millionen Euro für den Zeitraum von 2012 bis 2019 insgesamt 51 % auf Infrastrukturkosten entfallen. Das beweist, dass auch in diesem Bereich nichts verschont bleibt. Wie das sich im Einzelnen zusammensetzt, ist eine komplexe Geschichte, bei der die einzelnen Finanzierungsformeln berücksichtigt werden müssen. Ganz wesentlich ist jedoch – das muss ich hier in aller Deutlichkeit sagen –, dass diese Reduzierungen auch bei den Infrastrukturvorhaben der Gemeinden ihren Niederschlag finden werden. Dazu würde ich gerne anlässlich der Diskussion zum Ursprungshaushalt 2013 etwas mehr sagen, weil wir den von mir soeben angesprochenen Dialog ernsthaft betreiben möchten. In der letzten Septemberwoche werden wir mit den verschiedenen Gemeindegremien über die Infrastrukturvorhaben in ihrer Gemeinde reden. Nach diesen Gesprächen wird man genauer sehen, was sich daraus an unmittelbaren Auswirkungen auf den Infrastrukturplan 2012 und auf den Registrierungskatalog ergibt. Zweifelsohne wird es einen Zusammenhang mit den erwähnten 34,7 Millionen Euro an Einsparungen im Infrastrukturbereich geben.

Damit es jeder gehört hat, sage ich es noch einmal: Die frühere Praxis, Projekte, die in einem Jahr im Infrastrukturplan standen, jedoch nicht definitiv eingereicht wurden, automatisch in den nächsten Infrastrukturplan zu übernehmen, ist Geschichte. In Zukunft werden solche Projekte in den Registrierungskatalog aufgenommen und dort zusammen mit allen anderen Projekten neu bewertet. Davon ausgenommen sind die Projekte, die über alternative Finanzierungen laufen. Sie sind nämlich zentrale, nach dem Lambermont-Abkommen beschlossene Vorhaben, deren Opportunität nicht in Frage zu stellen ist, denn sonst wären sie nie ein alternativ zu finanzierendes Projekt geworden. Man hätte seriös darüber diskutieren können, ob man zwei Schwimmbäder im Norden der Deutschsprachigen Gemeinschaft braucht. Leider hat man sich nicht auf ein Schwimmbad einigen können und leider war auch die Regierung vielleicht nicht entschlossen genug, um eine Einigung herbeizuführen. Aber auch das ist Geschichte. Wie es aussieht, werden wir demnächst wieder ein Schwimmbad in Kelmis haben. Das Eupener Schwimmbad wird weiterhin ein Projekt bleiben, das über eine alternative Finanzierung läuft.

Viele andere Projekte, die von einem Jahr in das nächste übernommen worden sind, werden zumindest im Hinblick auf ihre zeitliche Verwirklichung einer neuen Prüfung unterzogen. Das wird Konsequenzen haben, denn eine Konsequenz aus diesen 34,7 Millionen Euro an Einsparungen ist die, dass es im Jahr 2013 zusätzlich zu den Verpflichtungsermächtigungen für die Krankenhausbauten nur 2 Millionen Euro an weiteren Verpflichtungsermächtigungen geben wird. Zu diesem Zeitpunkt können wir gerne noch einmal über die Frage reden, ob die Gemeinschaft zu viele Infrastrukturausgaben tätigt. Darüber möchte die Regierung jedoch zuerst mit jeder einzelnen Gemeinde zu Beginn der neuen Sitzungsperiode in Ruhe diskutieren.

Die Schuldenbremse sollte man in ihren Auswirkungen nicht unterschätzen. Sie hat übrigens viel weitreichendere Konsequenzen als die Frage, ob die Gemeinschaft nach 2019 noch anrechenbare Schulden machen darf. Die Antwort darauf ist klar: Im

Prinzip darf sie das nicht. Diese Antwort müsste man mit dem Hinweis auf den Unterschied zwischen dem realen und dem strukturellen Gleichgewicht ein wenig nuancieren, aber die Vertiefung dieser Details würde uns jetzt zu weit vom Thema abbringen. Wir haben uns jedenfalls darauf eingestellt, dass wir Infrastrukturpolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ab 2019 ohne Rückgriff auf anrechenbare Schulden machen werden. Wer jedoch eben bei der gemeinsamen Sitzung aller Ausschüsse mit dem Rechnungshof genau hingehört hat, wird nicht überhört haben, dass die Konvergenzziele und die Aussagen zum Stabilitätsprogramm für Gemeinschaften, Regionen und Gemeinden gelten. Für die Gemeinden wird das durchaus auch der Fall in puncto Schuldenbremse sein. Ich habe schon einmal erwähnt, dass die Gemeinden ihre Haushalte noch nicht nach den SEC-95-Normen berechnen. Das jetzige Berechnungssystem entspricht eigentlich mehr der Realität, denn gemäß den SEC-95-Normen hat Raeren in diesem Jahr ein Defizit von 12 Millionen Euro, weil die ganze Schulinfrastruktur auf einmal in der Berechnung berücksichtigt werden muss, was eigentlich nicht vernünftig ist. Aber die Regeln sind so, wie sie sind, und wir können sie nicht nach Belieben ändern.

Die Schuldenbremse wird auch für die Gemeinden gelten. Darüber mache ich mir die größten Sorgen, denn die Gemeinden sind eigentlich die Hauptinvestitionsträger. Wenn sie in Zukunft keine Kredite mehr aufnehmen können, wird es zappenduster. Unter anderem darüber habe ich sehr lange und intensiv mit den Erfindern der Schuldenbremse, drei hohen Beamten aus dem Bundesfinanzministerium, im Rahmen des diesjährigen Frühlingfestes der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Berlin diskutiert. Ich war froh zu erfahren, wie die Deutschen mit diesem Problem umgehen. Darüber werden wir uns bei den Haushaltsberatungen sicherlich noch näher unterhalten können.

Es kommen Dinge auf uns zu, die wir nicht unterschätzen sollten. Das ist ganz unabhängig von der Frage, ob Europa jetzt nur einen strengen Sparkurs fährt oder

auch ein vernünftiges, nachhaltiges Wachstumsprogramm auflegt. Werte Kolleginnen und Kollegen der CSP, in diesem Zusammenhang sind übrigens die Belehrungen, die Ihr Vertreter im Euregiorat per Leserbrief an meine Adresse richtete, besonders lustig.

Natürlich müssen wir sparen, aber gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass es in Europa weiterhin ein Wirtschaftswachstum gibt. In diesem Zusammenhang spielt die Deutschsprachige Gemeinschaft zwar keine wesentliche Rolle, aber dieses Spannungsverhältnis hat ebenfalls Auswirkungen auf unser Handeln, vor allem wenn man sieht, in welchen Bereichen Zukunftsinvestitionen auf europäischer Ebene eingefordert werden, nämlich insbesondere auf dem Gebiet der Innovation – davon sind wir weniger betroffen – und in der Bildung, einem Bereich, von dem wir zentral betroffen sind.

Die Schuldenbremse wird uns in einigen Bereichen eine Neupositionierung abverlangen. Beispielsweise wird ein Projekt in privat-öffentlicher Partnerschaft auch nach Inkrafttreten der Schuldenbremse nicht als klassische Verschuldung angesehen. Das ist kein ganz unwichtiger Aspekt für uns. In diesem Sinne ist es sehr interessant, auf europäischen Veranstaltungen in Erfahrung zu bringen, was man europaweit über solche Themen denkt.

Je nachdem, wie die Schuldenbremse im Einzelnen gestaltet wird, wird sie für die Gemeinschaft und meiner Ansicht nach noch sehr viel mehr für die Gemeinden eine Herausforderung sein. Deshalb sollten wir uns mit dem Thema sehr intensiv beschäftigen.

Für die weitere Entwicklung der Infrastrukturpolitik der Deutschsprachigen Gemeinschaft – wenn ich diese letzte Bemerkung noch machen darf, Herr Präsident – können wir froh und glücklich sein, dass wir den Abbau des Infrastrukturstaats mit allem, was damit verbunden ist, hinter uns haben. Denn in Zukunft wird man in

Sachen Infrastrukturausgaben nicht mehr alles machen dürfen, selbst dann nicht, wenn man das Geld dazu hat. Das jährliche Defizit wird nämlich eine Rolle spielen und bei der Anwendung der europäischen Haushaltsregeln aufgrund der SEC-95-Normen einen besonderen Niederschlag finden. Aber der Stau ist jetzt im Wesentlichen abgebaut und wir können uns der neuen Herausforderung der Infrastrukturpolitik stellen, die wir unter das Thema des Energieeffizienzschubs gestellt haben. Abgesehen von den finanziellen Aspekten ist dieses Thema eine wichtige, notwendige und zeitlich richtige Nachfolgeneration der Infrastrukturpolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Es passt jedoch auch hervorragend in die finanziellen Sachzwänge, denn wenn man von Energieeffizienzschub spricht, kann man natürlich eine Reihe von Instrumenten einsetzen, die keine anrechenbare Zuschüsse, sondern Formen rückzahlbarer Vorfinanzierungen sind. Diese Möglichkeiten werden wir zum Teil auch bei der zukünftigen Gestaltung der Infrastrukturpolitik berücksichtigen. Darüber möchten wir jedoch zu einem späteren Zeitpunkt etwas mehr sagen.

Fazit für heute ist: Man muss schon sehr schlechten Willens sein, wenn man der Gemeinschaft vorwirft, sie würde die Gemeinden benachteiligen oder sie ausbeuten. Man braucht die Realität nur ein wenig zu kennen, um zu sehen, dass die Gemeinden und die Deutschsprachige Gemeinschaft verlässliche Partner sind und gut zusammenarbeiten. Es sind nicht zuletzt die Gemeinden, die durch die Gemeinschaftsautonomie in den letzten Jahrzehnten und ganz besonders seit 2005 eine erhebliche, fundamentale und durchaus nützliche Unterstützung seitens der Deutschsprachigen Gemeinschaft erfahren haben. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

FRAU KLINKENBERG (vom Rednerpult): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich das Gesagte noch einmal kurz zusammenfassen: Die Finanzsituation der Gemeinden und

die von ihnen angelegten Reserven weisen darauf hin, dass es unseren Gemeinden alles andere als schlecht geht. Das ist allerdings nicht ausschließlich auf die vernünftige Verwaltung der Gemeinden zurückzuführen. Die systematische Ausweitung der Möglichkeiten der Bezuschussung für Gemeindeprojekte durch die Deutschsprachige Gemeinschaft hat ebenfalls wesentlich zur finanziellen Entlastung unserer Gemeinden geführt.

Im Vergleich zu den wallonischen Gemeinden profitieren die deutschsprachigen Gemeinden von einer achtzig- statt von einer sechzigprozentigen Bezuschussung von Schulbauten und von einer sechzigprozentigen Unterstützung für gemeindeeigene Infrastrukturen. In der Wallonischen Region wäre es quasi undenkbar, dass Rathäuser, nicht denkmalgeschützte Kirchen oder Energiesparmaßnahmen systematisch zu 60 % bezuschusst werden. Seit 2005 machten diese von der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezuschussten Infrastrukturprojekte 22 Millionen Euro aus. Oder drücken wir es etwas anschaulicher aus: 100 Einfamilienhäuser finanzierte die Deutschsprachige Gemeinschaft in den letzten sieben Jahren in den neun deutschsprachigen Gemeinden.

Nach dem verflixten siebten Jahr werden nun zum Teil sehr widersprüchliche Protestrufe seitens der Partei laut, die in vielen Gemeindegremien die Entscheidungen mit trifft. Einerseits lobt man in den Gemeinderäten – so kurz vor den Kommunalwahlen – die hervorragende Finanzsituation der Gemeinden und andererseits behauptet man hier im Parlament, die Regierung bringe die Gemeinden mit ihrer – wie Sie sagen – katastrophalen Politik seit Jahren in ernste finanzielle Schwierigkeiten. Vor Ort in den Gemeinden behauptet man, die Finanzen der Gemeinden seien gesund. Hier im Parlament behauptet man, die Regierung ruiniere die Finanzen der Gemeinden. Entschuldigen Sie, aber das ist an Widersprüchlichkeit kaum noch zu übertreffen!

Wahr ist ganz objektiv, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft für die Finanzen der Gemeinden sehr viel getan hat und auch weiterhin tut. Sie tut für ihre Gemeinden sehr viel mehr als andere, sehr viel mehr auch als die Wallonische Region. ... (Zwischenruf von Herrn Arimont) ... Ohne die überaus großzügigen Zuschüsse der Deutschsprachigen Gemeinschaft, beispielsweise für den Schulbau, sähe die Finanzsituation der Gemeinden sehr viel schlechter aus.

So muss ich mir dann zwangsläufig die Frage stellen: Besteht ein Kommunikationsproblem innerhalb der CSP oder wird hier ganz bewusst davon abgelenkt, wie hoch die Reserven der Gemeinden tatsächlich sind?

So kam genau dieser Aspekt, nämlich der Kassenstand der Gemeinden, auch in der schriftlichen Frage von Herrn Grommes nicht vor. Schade!

Eventuell wäre es sinnvoll, wenn künftig bei den von der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezuschussten Gemeindeprojekten darauf hingewiesen würde, inwiefern die Deutschsprachige Gemeinschaft finanziell an der Umsetzung der jeweiligen Infrastrukturvorhaben beteiligt war. Es ist verständlich, dass die gute Zusammenarbeit und strukturierte Partnerschaft zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und den Gemeinden dazu führt, dass manch einer bei den finanziellen und politischen Verflechtungen nicht mehr ganz klar sieht.

Werte Kolleginnen und Kollegen, die Gemeinden und die Deutschsprachige Gemeinschaft haben jetzt und auch in Zukunft mit finanziellen Herausforderungen zu kämpfen, die außerhalb unserer Verantwortung liegen und auf eine weltweite Krise zurückzuführen sind. Da ist es doch wichtig zu erwähnen, dass im Interesse der Gemeinden und der Bevölkerung unserer Gemeinschaft eine solide Politik gemacht wird. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Mündliche Frage von Frau Klinkenberg an Herrn Ministerpräsidenten Lambertz zum Stabilitätsprogramm der Föderalregierung

Behandelt in der Plenarsitzung vom 21. Mai 2012

FRAU KLINKENBERG (vom Rednerpult): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Offensichtlich hat die Föderalregierung ihr Stabilitätsprogramm bei der EU-Kommission eingereicht. Darin wird aufgezeigt, dass Belgien im Jahr 2015 einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren wird. In diesem Stabilitätsprogramm der Föderalregierung sind ebenfalls die Finanzplanungen der Teilstaaten enthalten.

Dazu meine Fragen: Ist die Haushaltsplanung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen dieses Programms akzeptiert worden? Auf welchen Wirtschaftsprognosen fußt das belgische Stabilitätsprogramm? Hat die Deutschsprachige Gemeinschaft ihrer langfristigen Haushaltsplanung dieselben Parameter zugrunde gelegt wie der Föderalstaat und die anderen belgischen Teilstaaten? Ich danke für Ihre Antwort!

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident (vom Rednerpult): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die wesentlichen Aussagen, die sich auf das hier angesprochene Thema beziehen, wurden bereits vorhin anlässlich der gemeinsamen Sitzung aller Ausschüsse mit dem Rechnungshof in einem etwas umfangreicheren Rahmen dargelegt. Deshalb werde ich jetzt nicht alles wiederholen, sondern mich auf die wichtigsten Dinge und vor allem auf die Beantwortung der ganz präzisen Fragen von Frau Klinkenberg konzentrieren.

Ja – dieses Ja sage ich mit einer ganz großen Erleichterung –, die Haushaltsplanung der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie ihre mittelfristige Finanzplanung sind von

der Föderalregierung und den anderen Gemeinschaften und Regionen bei der Erarbeitung des neuen Stabilitätsprogramms 2012-2015 eingebaut und berücksichtigt worden. Das ist vor allem deshalb von Bedeutung, weil sich Belgien aufgrund der europäischen Regeln auf das für 2015 angestrebte Haushaltsgleichgewicht zubewegen muss und der Weg dorthin auf einem Haushaltspfad vorgezeichnet ist, der ein jährliches Reduzieren des Defizits um 0,5 % des Bruttoinlandsprodukts beinhaltet und einen jährlichen Abbau der belgischen Gesamtverschuldung von insgesamt 2 % des Bruttoinlandsprodukts voraussetzt. Das sind ganz bedeutende Ziele, die nicht so leicht zu verwirklichen sind. Man kann sich die Größenordnung vorstellen, wenn man weiß, dass das belgische Bruttoinlandsprodukt etwa 380 Milliarden Euro umfasst.

Unsere Zahlen sind in dem von der EU eingereichten Stabilitätsprogramm berücksichtigt worden, was nicht so einfach war. Dies nicht etwa, weil unsere gesamte Haushaltsmasse einen großen Prozentsatz des belgischen Bruttoinlandsprodukts ausmacht. Mit 220 Millionen Euro von 380 Milliarden Euro liegen wir etliche Stellen hinter dem Komma. Die absoluten Zahlen sind jedoch auch von Bedeutung, weil unsere Defizite, die wir im vergangenen Jahr vorgestellt und kürzlich besprochen haben, neben den normalen Ausgaben auch außergewöhnliche Ausgaben beinhalten, die jetzt angerechnet werden müssen. Dies gilt etwa für die Kosten für das neue Parlamentsgebäude oder für die Einmalzahlung für das PPP-Schulbauprojekt. Dass unsere Zahlen mittlerweile im belgischen Stabilitätsprogramm abgesichert sind, hilft uns natürlich sehr bei unserer weiteren Finanzplanung.

Zum Wirtschaftswachstum ist festzuhalten, dass der Föderalstaat für dieses Stabilitätsprogramm mit bedeutend besseren Wirtschaftsparametern arbeitet, als wir das getan haben. Wie der Föderalstaat sehen wir 2012 ein Wirtschaftswachstum von 0,1 % vor. 2013 sehen wir ein Wirtschaftswachstum von 0,6 %, der Föderalstaat jedoch ein Wachstum von 1,3 % vor. 2014 sehen wir ein Wachstum von 1 % und der

Föderalstaat von 1,7 % vor. Ab 2015 sieht der Föderalstaat ein Wirtschaftswachstum von 1,8 % und wir von 1,7 % vor. Unseren Zahlen liegen also vorsichtigere Schätzungen zugrunde.

Allerdings liegen wir bei den Inflationszahlen etwas höher als die föderale Ebene. Für 2012 sehen wir genau wie der Föderalstaat eine Inflation von 2,9 % vor. 2013 sehen wir eine Inflation von 2,3 %, der Föderalstaat aber eine von nur 1,9 % vor. Für 2014 sehen wir eine Inflation von 2 % und der Föderalstaat eine von 1,8 % vor. Diesen Prozentsatz schreibt er auch für die folgende Zeit fest. Das sind kleine Unterschiede, aber wenn man die beiden Zahlen zusammenrechnet, ist unsere Schätzung pessimistischer als die des Föderalstaates, was die Solidität unserer Vorhersagen noch unterstreicht. Allerdings stehen auch diese unter dem Vorbehalt der kaum vorhersehbaren genauen Entwicklung in den nächsten Monaten und Jahren. Die Wirtschaftslage kann sich verbessern, wie es ja auch die EU und das föderale Planbüro vorhersagen, aber sie kann sich natürlich auch verschlechtern. Dazu bedarf es nur einiger weiterer Turbulenzen rund um den Euro, und schon stehen wir erneut vor Schwierigkeiten. Es besteht also kein Grund zur Entwarnung, doch sind wir mit unserer Planung eigentlich ganz gut aufgestellt und können bereits jetzt mitteilen, dass sie akzeptierter Bestandteil des belgischen Stabilitätsprogramms ist. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

**Mündliche Frage von Frau Klinkenberg an Herrn Minister Paasch zu den EuroSkills
2012 in Francorchamps**

Behandelt in der Plenarsitzung vom 23. April 2012

FRAU KLINKENBERG (vom Rednerpult): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! In den vergangenen Jahren wurde in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sehr viel für die Steigerung der Attraktivität, der Qualität und der Perspektiven der Berufsausbildungen getan.

Im Oktober werden vier junge ostbelgische Handwerker die Möglichkeit haben, an der in Spa-Francorchamps stattfindenden Europameisterschaft teilzunehmen und ihr Können vor einem Publikum von 40.000 Besuchern unter Beweis zu stellen.

Diese Veranstaltung birgt die Chance, vielen Schülern handwerkliche Berufe in einem einzigartigen Umfeld näherzubringen. Daher meine Fragen an Sie, Herr Minister Paasch: Inwiefern gedenkt die Regierung, das Potenzial der sogenannten EuroSkills zu nutzen und wie sieht der Beitrag der Deutschsprachigen Gemeinschaft genau aus? Ich danke für Ihre Antwort!

HERR PAASCH, Minister: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Nach den Berufsweltmeisterschaften (WorldSkills), die im vergangenen Jahr in London ausgetragen wurden und für die sich bekanntlich zwei Handwerker aus unserer Gemeinschaft qualifiziert hatten, finden in diesem Jahr vom 4. bis zum 6. Oktober 2012 die Berufseuropameisterschaften (EuroSkills) vor unserer Haustür in Spa-Francorchamps statt.

Diese Europameisterschaften sind in der Tat eine ideale Gelegenheit, Werbung zu machen: Werbung für unsere Gemeinschaft, Werbung vor allem für das ostbelgische Handwerk, für die jungen Auszubildenden und vor allem für die technischen Berufe

insgesamt, denn immer noch werden die Chancen und Perspektiven technischer Berufe unterschätzt. Immer noch sind einige dieser Berufe mit überholten Vorurteilen behaftet und immer noch werden einige Jugendliche – das können wir nachweisen – in akademische Ausbildungsformen gedrängt, obwohl sie für technische Berufe besser geeignet gewesen wären. Das ist für die betroffenen jungen Menschen, aber auch für die ostbelgische Wirtschaft ein Problem. Der spürbare Fachkräftemangel in nahezu allen Berufen und ganz besonders in Handwerk und Technik ist eine ernst zu nehmende Bedrohung für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Gebiet.

Deshalb haben wir im Regionalen Entwicklungskonzept zahlreiche Maßnahmen vorgeschlagen und zum Teil auch schon umgesetzt, um die Berufsorientierung und Berufswahlvorbereitung inner- und außerhalb unserer Schulen zu verbessern und dabei gezielt Werbung für bestimmte technische Berufsbilder zu machen. Ich mache jetzt einmal Werbung: Am kommenden Sonntag findet im BRF-Funkhaus ein Tag der Medienberufe statt, zu dem Sie alle eingeladen sind.

Vor diesem Hintergrund werden wir auch die Berufseuropameisterschaften nutzen, um einer breiten Öffentlichkeit die ganze Bandbreite technischer und handwerklicher Berufe vorzustellen. Unser Kommunikationsdienst, die Unterrichtsabteilung im Ministerium und das IAWM haben bereits einen sehr präzisen Projektplan entworfen, um möglichst vielen Menschen hierzulande aufzuzeigen, wie vielseitig, anspruchsvoll und attraktiv technische Berufe sein können.

So möchten wir beispielsweise gezielt Schülerinnen und Schüler im Alter von 10 bis 15 Jahren einladen, die EuroSkills zu besuchen. Wir möchten die Voraussetzungen dafür schaffen, dass möglichst alle Schülerinnen und Schüler des sechsten Primarschuljahres und möglichst viele Sekundarschüler gemeinsam mit ihren Eltern die Chance nutzen, sich unter professioneller Begleitung über diese Berufe zu informieren.

Die finanzielle Beteiligung der Deutschsprachigen Gemeinschaft besteht darin, dass wir eine Ausbildungsmaschine im Wert von 50.000 Euro einkaufen, diese dann während der dreitägigen Meisterschaften zur Verfügung stellen und danach wieder in einem unserer Ausbildungszentren für unsere Grundausbildung nutzen. Das ist auch finanziell wirklich eine Win-win-Situation.

Da der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Spa-Francorchamps zudem eine Ausstellungsfläche zur Verfügung gestellt wird, um für unser Gebiet zu werben, werden wir auch die Tourismusagentur Ostbelgien und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFG) in diese Planungen einbeziehen.

Die EuroSkills sind immer ein Ort der Begegnung, an dem die Betriebswelt, die Bildungszentren, die Sektoren, die Lehrpersonen, die Schüler und Eltern zusammenkommen. Die damit verbundenen Chancen möchten wir nutzen. 500 junge Handwerker und Techniker aus ganz Europa werden in 47 Berufen um Europameistertitel ringen. Dazu werden 60.000 Besucher aus ganz Europa erwartet. Unsere Auszubildenden werden dabei überproportional gut vertreten sein, denn von den 36 belgischen Teilnehmern, die sich für diese Europameisterschaften qualifizieren konnten, stammen immerhin vier aus unserer Gemeinschaft. Dabei war die Teilnahme an diesen Meisterschaften in diesem Jahr besonders hart umkämpft, denn rund 800 Jugendliche hatten sich im ganzen Land für die nationale Ausscheidung eingeschrieben. Bei diesen nationalen Ausscheidungswettbewerben – man könnte auch „bei diesen belgischen Meisterschaften“ sagen – haben sage und schreibe 12 Jugendliche aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine Medaille errungen. Fünf Bronze-, drei Silber- und vier Goldmedaillen in 29 Berufen sind ein herausragendes Resultat.

Die vier Goldmedaillengewinner haben sich direkt für die Europameisterschaften qualifizieren können. Ich wünsche ihnen viel Erfolg. Meines Erachtens ist das ein

gutes Omen für unsere Teilnahme an den EuroSkills 2012. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

HERR SCHRÖDER, Präsident: Frau Klinkenberg, möchten Sie Stellung zur Antwort des Ministers nehmen?

FRAU KLINKENBERG (aus dem Saal): Nein, aber auch ich möchte den Teilnehmern aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft ganz viel Erfolg wünschen.

PROGRAMMDEKRET VORSCHLAG 2012 – DOKUMENT 94 (2011-2012) NR. 5

13. FEBRUAR 2012

FRAU KLINKENBERG (vom Rednerpult): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Auf die zahlreichen sprachlichen Verdeutlichungen und kleineren kosmetischen Abänderungen sowie auf die technischen Anpassungen im Hinblick auf die Anmerkungen des Rechnungshofs möchte ich in meiner Stellungnahme für die Mehrheitsfraktionen nicht eingehen, sondern werde mich auf einige wenige Maßnahmen beschränken.

So sollen im Sozialbereich unnötige rechtliche und bürokratische Hürden abgeschafft werden. In der Vergangenheit haben diese nämlich zu Problemen bei der Koordinierung von Aufgaben geführt, wenn verschiedene Dienste im Haushalt ein und derselben älteren Person tätig waren.

Auf Bitten der hauswirtschaftlichen Dienste in der Deutschsprachigen Gemeinschaft definiert dieser Programmdekretvorschlag die Aufgaben dieser Dienstleister neu. Nach der bisherigen Rechtslage war es nämlich so, dass es den hauswirtschaftlichen Dienstleistern untersagt war, personenbezogene Aufgaben, wie zum Beispiel beim Treppensteigen behilflich zu sein oder einen Kaffee zu kochen, wahrzunehmen. Es ist jedoch in unserem Sinne, dass das Dekret die tatsächlichen Möglichkeiten der Hilfe widerspiegelt. Daher passen wir heute die Aufgaben entsprechend an. Somit können sich die betroffenen Dienste vorrangig auf die Kernbereiche der häuslichen Hilfe, statt auf pflegerische und sozialpsychologische Zusatzangebote konzentrieren. Letztere, die festgelegten Qualitätsnormen unterworfen sind, sind durch die Dekretänderung künftig nur noch für die Dienste der Familien- und Seniorenpflege verpflichtend.

Außerdem profitieren wir von diesem Programmdekretvorschlag, um ein Vereinbarungsprotokoll, das 2009 zwischen dem Föderalstaat und den Gemeinschaften Belgiens unterzeichnet wurde, in unser Recht zu übertragen. Durch diese Erweiterung des Dekrets über die häusliche Hilfe werden beispielsweise eine kooperative Zusammenarbeit und ein strukturierter Informationsaustausch zwischen Seniorenhelfern, Krankenpflegern und dem Hausarzt rechtlich verankert. Demzufolge kann dann in gesundheitsgefährdenden Situationen zeitnah eingegriffen werden.

Kommen wir zu meinem favorisierten Artikel in diesem Programmdekret. Werte Kolleginnen und Kollegen, vielleicht erinnern Sie sich noch an meine Haushaltsrede. Ich habe mich in einer Zeitkapsel ins Jahr 2042 versetzt und lebte glücklich und zufrieden ... (Vereinzelt Gelächter) ... in einer gut betreuten Senioren-WG, in der ich aktiv altern wollte.

HERR SERVATY (aus dem Saal): Mit Pfleger!

(Unruhe im Saal und vereinzelt Gelächter)

FRAU KLINKENBERG (vom Rednerpult): Damit mein Traum Wirklichkeit wird, und das auf hohem Niveau – denn meine Ansprüche sind hoch ... (Allgemeines Gelächter) ... führen wir heute ein Qualitätslabel der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Seniorenresidenzen ein, die bestimmte von der Regierung festzulegende Qualitätsstandards erfüllen. Seniorenresidenzen, sprich: altersgerechte Einzelwohnungen mit hauswirtschaftlichen Angeboten, jedoch ohne Pflegeleistungen, stellen im Rahmen des demografischen Wandels eine wertvolle Alternative zu Altenheimen dar. Daher würde ich mich sehr freuen, wenn künftig bei der Regierung viele Anträge auf Anerkennung als Seniorenresidenz eingehen würden.

Werte Kolleginnen und Kollegen, im Kulturbereich sind ebenfalls einige Änderungen vorgesehen. So müssen beispielsweise laut Dekretentwurf anerkannte Erwachsenenbildungsorganisationen rückwirkend für das Jahr 2010 nicht mehr an

130 Tagen Weiterbildungen angeboten haben, sondern nur noch an 80 Tagen. Diese Änderung war vor allem den kleineren Einrichtungen der Erwachsenenbildung sehr wichtig. Daher nehmen wir diese Anpassung natürlich gerne vor.

Dass wir uns in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit befinden, ist sicherlich mittlerweile jedem klar. Vor diesem Hintergrund ist es in unseren Augen durchaus vertretbar, dass die Gemeinden vor einigen Wochen darüber informiert worden sind, dass die Erhöhungen der Dotation für den kommunalen Straßenbau bis zum Jahr 2022 gestreckt werden, statt wie ursprünglich vorgesehen bis zum Jahr 2018. Den Gemeinden wird nichts weggenommen. ...

HERR ARIMONT (aus dem Saal): Das stimmt doch nicht!

FRAU KLINKENBERG (vom Rednerpult): ... Im Gegenteil! ... (Zwischenrufe und Unruhe im Saal) ... Sie werden mehr Gelder für die Gemeindestraßen erhalten, als sie heute bekommen, und auch deutlich mehr, als die Deutschsprachige Gemeinschaft von der Wallonischen Region für diesen Posten erhält.

(Zwischenrufe und Applaus bei ProDG, der SP und der PFF)

Die Deutschsprachige Gemeinschaft überweist den Gemeinden ohnehin weit mehr, als die Wallonische Region den französischsprachigen Gemeinden zukommen lässt. So bezuschussen wir beispielsweise ... (Zwischenrufe und Unruhe im Saal) ... Gemeindeschulen zu 80 %.

HERR DANNEMARK (aus dem Saal): Das ist so!

FRAU KLINKENBERG (vom Rednerpult): Die Wallonische Region gibt ihren Gemeinden nur 40 bis 60 %.

FRAU FRANZEN (aus dem Saal): Ja, das Geld der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Straßenbau fehlt uns jetzt!

FRAU KLINKENBERG (vom Rednerpult): Auch nicht denkmalgeschützte Kirchen bezuschussen wir zu 60 %. Die Wallonische Region hingegen gibt ihren Gemeinden dafür so gut wie nichts. Wer also behauptet, wir würden auf Kosten der Gemeinden sparen, der verbreitet Unwahrheiten.

(Applaus bei ProDG, der SP und der PFF)

Werte Kolleginnen und Kollegen, Familien und Senioren, Sport und Vereinskultur sind Bereiche, für die unsere Gemeinschaft zuständig ist, die maßgeblich das Leben unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger beeinflussen und die im Rahmen dieses Programmdekretvorschlags verbessert und an die realen Bedingungen angepasst werden sollen.

Heute verabschieden wir also den Programmdekretvorschlag, der gemäß der Dudendefinition des Wortes „Programm“ eine Gesamtheit von Konzeptionen und Grundsätzen enthält, die zur Erreichung eines bestimmten Ziels dienen, und zwar der Umsetzung des REK-Projekts Ostbelgien leben, das Ihnen bestens bekannt sein müsste. In diesem Sinne stimmen die Mehrheitsfraktionen diesem Programmdekretvorschlag gerne zu. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

**Mündliche Frage von Frau Klinkenberg an Frau Ministerin Weykmans zum
Radtourismus in der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Behandelt in der Plenarsitzung vom 16. Januar 2012

FRAU KLINKENBERG (vom Rednerpult): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Am 29. Dezember 2011 titelte das Grenz-Echo „Attraktiveres Radwegenetz für Norden der DG“. In dem diesbezüglichen Artikel geht es um eine kürzlich vorgestellte Studie, die in ihren Vorschlägen darauf eingeht, wie der Radtourismus in den vier Nordgemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft und wie allgemein die Radwege in unserer Region, so zum Beispiel die Strecke Eupen-Aachen, attraktiver gestaltet werden können. Die Studie hebt die Wichtigkeit der rund 40 Kilometer umfassenden RAVeL-Wege für den Norden der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die Intensivierung der Kooperation mit Partnern im Ausland hervor.

Dazu meine Fragen an Sie, Frau Ministerin: Wie bewerten Sie die Vorschläge, die in dieser Studie gemacht werden, und was soll nun im Anschluss an diese interessante Studie geschehen?

FRAU WEYKMANS, Ministerin: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Frau Klinkenberg, ich bewerte die Schlussfolgerungen der Studie als sehr positiv. Sie sind vor allem für den Ausbau des Radwandernetzes in den nördlichen Gemeinden unserer Gemeinschaft und in deren Anrainergemeinden richtungsweisend.

Der Ausbau des internationalen Fahrradweges zwischen Aachen und Troisvierges (Luxemburg) entlang der ehemaligen Vennbahn-Trasse, der unter dem Namen „Vennbahn-Radweg“ vermarktet werden wird, ist ein relativ großes Projekt, das bis

Mitte dieses Jahres fertiggestellt werden soll. 13 Millionen Euro werden in dieses Projekt, an dem zwölf Partner beteiligt sind, investiert. Dadurch soll unser Gebiet attraktiver gestaltet werden und sich stärker nach außen hin präsentieren. Zudem verfolgen wir ja das Ziel, uns in puncto Tourismus ein Alleinstellungsmerkmal zu verschaffen und eine Topregion für Wander- und Radtourismus zu werden.

Dieser Vennbahn-Radweg schafft viele weitere Perspektiven und bildet quasi das Rückgrat für die bereits bestehenden RAVeL- und Radwanderstrecken. Ich denke da zum Beispiel an das Fahrradwegenetz im Norden der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit seinem Knotenpunktsystem, bei dessen Aufbau die Deutschsprachige Gemeinschaft als Pilotregion fungiert hat, und an die ausgeschilderten Mountainbikestrecken.

Für uns ist es wichtig, diesen Vennbahn-Radweg in das bestehende Radwegenetz zu integrieren. Daran anschließende RAVeL-Strecken werden in ihrer touristischen Entwicklung gefördert, und irgendwann kann das Streckennetz als Ganzes funktionieren, was sowohl für die Touristen als auch für die Einheimischen interessant ist. Zudem können wir aufgrund der besseren Zugänglichkeit in Zukunft noch mehr Touristen anlocken, was ja auch das eigentliche Ziel ist.

In diesem Zusammenhang ist auch die kürzlich vorgelegte Studie zu verstehen, deren Ziel darin bestand zu überprüfen, inwieweit es möglich ist, das im Norden der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestehende sehr dichte Radwegenetz noch auszubauen, sodass der RAVeL-Weg bis nach Aachen führt, und die Gemeinden Kelmis, Raeren, Eupen und Lontzen an die RAVeL-Strecken, die bereits fertig sind oder noch gebaut werden, anzubinden.

Die VoG Chemins du Rail haben wir mit der Durchführung der Studie beauftragt. Meines Erachtens ist das Resultat sehr positiv ausgefallen, weil die Studie uns die Möglichkeit aufzeigt, wie in Zukunft unsere zwei wichtigsten RAVeL-Strecken, nämlich

die Strecke 38, die von Lüttich nach Hombourg führt, und die Strecke 48, unser sogenannter Vennbahn-Radweg über die Nordgemeinden, beispielsweise über das Knotenpunktsystem verbunden werden können und wie eine weitere Verbindung hin nach Aachen geschaffen werden könnte. In Zukunft könnte der RAVeL im europäischen Radfernwegenetz Euro-Velo, das das norwegische Trondheim über Aachen, das Dreiländereck, Lüttich und Paris mit Santiago de Compostela in Spanien verbindet, eine Rolle spielen. Diese mögliche Entwicklung ist für die Positionierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und Ostbelgiens auf dem europäischen Tourismusmarkt von großer Bedeutung.

Diese Studie hat sehr viele Perspektiven aufgezeigt und die an dieser Studie Beteiligten sind dieser Sache gegenüber sehr positiv eingestellt. Die Regierung wird die Tourismusagentur Ostbelgien damit beauftragen, gemeinsam mit allen Beteiligten – das sind einerseits die Gemeinden und andererseits vorrangig die WFG – eine Arbeitsgruppe zu gründen, die pro Gemeinde die durchzuführenden Arbeiten für die Verbindung dieser beiden RAVeL-Strecken plant. Bei diesen Arbeiten geht es vor allem um die Beschilderung und die Instandsetzung von Wegenetzen. Die Radwege auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft bedürfen jedoch keiner nennenswerten Infrastrukturarbeiten mehr.

In der Nachbargemeinde Plombières, mit der wir sehr gute Kontakte pflegen und die bereit ist, dieses Projekt zu unterstützen, sind größere Infrastrukturarbeiten vonnöten. Dabei wird es ebenfalls darum gehen, für eine kohärente Beschilderung der Wegenetze zu sorgen und genaue Anfahrpunkte zu definieren, sodass Touristen bequem von A nach B kommen und über interessante Einkehrmöglichkeiten informiert werden.

Es wird also noch einiges an Arbeit auf uns zukommen, und je nach Bedarf möchte die Deutschsprachige Gemeinschaft dieses große Projekt im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen. Das Beispiel RAVeL zeigt deutlich, wie viel Potenzial in

einem Projekt steckt, das mit europäischen Geldern finanziert wird. Dabei geht es nicht nur um den Ausbau des internationalen Fahrradweges zwischen Aachen und Troisvierges entlang der ehemaligen Vennbahn-Trasse, sondern auch um eine Aufwertung und Verbesserung von bereits bestehenden Radwegen und deren Integration in das große Radwegenetz. Vielen Dank!

HERR SCHRÖDER, Präsident: Frau Klinkenberg, möchten Sie Stellung zur Antwort der Ministerin nehmen?

FRAU KLINKENBERG (aus dem Saal): Es freut mich zu hören, dass Sie die Vorschläge der Studie genauso positiv bewerten wie ich, und ich kann eigentlich nur hoffen, dass die Schritte, die Sie eingeleitet haben, dann auch zum Erfolg führen. Vielen Dank!

**VORSCHLAG EINER RESOLUTION AN DIE FÖDERALE REGIERUNG SOWIE AN DIE
REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT ZUR ABSCHAFFUNG DER
PRÜFUNG IM WETTBEWERBSVERFAHREN FÜR ZUGELASSENE HEILGYMNASTEN ZUR
ERLANGUNG DES RECHTS, LEISTUNGEN ZU ERBRINGEN, DIE GEGENSTAND EINER
BETEILIGUNG SEITENS DER GESUNDHEITSPFLEGEUND
ENTSCHÄDIGUNGSPFLICHTVERSICHERUNG SIND**

22. Dezember 2011

http://www.dgparlament.be/PortalData/4/Resources/Datenbank/2009_2014/2011-2012_D_96_1_69193_74779doc.pdf

Haushaltsdebatte 2011: OB 50 – GESUNDHEIT UND SOZIALES

6. DEZEMBER 2011

FRAU KLINKENBERG (vom Rednerpult): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Oppositions-parlamentarier, es ist klar, dass es einfach ist, Sparhaushalte zu kritisieren. Tatsache ist jedoch, dass dieser Sozialhaushalt wirklich sehr sozial ist. Schauen wir uns doch die Fakten einmal an. Da wäre also ein Haushalt im Organisationsbereich 50, der im Vergleich zum Vorjahr um circa 7 % angestiegen ist, und das bei finanzpolitisch schlechten Rahmenbedingungen und beunruhigenden Wirtschaftsparametern, die auch in den kommenden Jahren Sparmaßnahmen befürchten lassen. Das ist äußerst bedauerlich, liegt aber jenseits des Einflusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Gerade in diesem Kontext den Sozialbereich aufzuwerten, ist ein klarer Hinweis auf die Prioritäten der Regierung.

Es stimmt, dass sich die Wirtschaftsparameter seit der Verabschiedung des Haushalts durch die Regierung noch weiter verschlechtert haben, womit die Deutschsprachige Gemeinschaft höchstwahrscheinlich wesentlich weniger Geld ausbezahlt bekommt als ursprünglich vorgesehen. Trotzdem ist es in meinen Augen sehr wichtig, dass das Parlament den Haushalt jetzt verabschiedet, denn nur so bleibt die Regierung handlungsfähig und kann den vielen Organisationen und Diensten auch nach dem 1. Januar 2012 weiterhin Zuschüsse auszahlen, die sie zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben benötigen. Demzufolge ist es also besser, Einsparungen nicht auf die Schnelle vorzunehmen, sondern die notwendigen Korrekturen im Rahmen der ersten Haushaltsanpassung nachzureichen. Ich gehe jedoch davon aus, dass Sie, Herr Minister Mollers, bereits jetzt nach Möglichkeiten und Wegen suchen, sozialverträgliche Einsparungen vorzunehmen. Natürlich würde ich mir wünschen,

dass der Sozialbereich möglichst wenig von den Einsparungen betroffen ist und dass alle Dienstleistungen weiterhin aufrechterhalten werden.

Während die Haushaltslage angespannt ist, steigt die Dotation der Dienststelle für Personen mit Behinderung von 2011 bis 2012 um mehr als 600.000 Euro. Im Behindertenbereich kommt viel Arbeit auf uns zu. Eine der größten Herausforderungen wird die Umsetzung der von uns unterzeichneten UN-Behindertenrechtskonvention sein, denn im nächsten Jahr muss auch für die Deutschsprachige Gemeinschaft ein Aktionsplan ausgearbeitet werden, bei dem sowohl Erwachsene als auch Kinder mit Behinderung einbezogen werden. Dem Planen muss dann die Aktion folgen, die den Weg für eine barrierefreie Deutschsprachige Gemeinschaft ebnet.

Was genau ist Barrierefreiheit? Barrierefreiheit bedeutet, dass Personen mit einer Behinderung ungehindert am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Das gilt für öffentliche Gebäude, Verkehr, Arbeitsplätze, Kommunikationsmittel und Medien. Was brauchen wir also? Neue Normen und Richtlinien, die dafür sorgen, dass das Wort „Nichtdiskriminierung“ in allen Lebensbereichen, von der Kinderbetreuung über die Schule bis hin zur Arbeits- und Freizeit, großgeschrieben wird. Eine Querschnittsaufgabe, die eine enge Vernetzung aller Zuständigkeitsbereiche und einen Austausch mit Partnern im In- und Ausland erfordert.

Mit Blick auf die Umsetzung der UN-Konvention wird zudem klar, dass der individuellen und beruflichen Qualifizierung von Menschen mit einer Behinderung eine hohe Bedeutung zukommt und dass diese auch im Rahmen des Fachkräftemangels für die Arbeitgeber interessant sein kann.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft brauchen wir ein Regelwerk für die Solidarwirtschaft, um möglichst dauerhafte Arbeitsstellen für Personen mit

Vermittlungshemmnissen zu schaffen. Darin schließe ich bewusst die Personen mit einer Behinderung ein, denn nur so kann Inklusion tatsächlich funktionieren.

Eine weitere UN-Konvention, nämlich jene über die Kinderrechte, verpflichtet uns, Kindern Schutz vor Vernachlässigung und Misshandlung zu bieten und uns in unseren Entscheidungen am Wohl des Kindes zu orientieren. Nun wurde in der vor einigen Tagen vorgestellten KFN-Studie aufgezeigt, dass die Jugendgewalt in der Deutschsprachigen Gemeinschaft um etwa 20 % höher liegt als in Deutschland. Als Ursachen wurden die elterliche Gewalt, Alkoholkonsum, der Kontakt zu anderen gewaltbereiten Jugendlichen und das Schulschwänzen genannt. Auf der anderen Seite ist uns bekannt, dass sich manche Familien in unserer Gemeinschaft mit einer ganzen Reihe von Problemen – Arbeitslosigkeit, Krankheit, Erziehungsprobleme, Suchtprobleme usw. – konfrontiert sehen.

Wie im letzten Jahr ist auch der Bedarf an Unterbringungen von gefährdeten und straffällig gewordenen Jugendlichen weiterhin angestiegen. In der zweiten Haushaltsanpassung 2011 mussten weitere 100.000 Euro für die Jugendhilfe vorgesehen werden, um dem Bedarf gerecht zu werden. Auch im Haushalt 2012 sind im Vergleich dazu weitere 250.000 Euro vorgesehen worden.

Es tut sich jedoch auch so einiges. Mittlerweile liegen Studien und Bestandsaufnahmen vor und liefern wichtiges Zahlenmaterial. Kennt man die Ursachen der Probleme, dann weiß man auch, welche Stellschrauben man betätigen muss. So entstehen neue Initiativen. Workshops wie der zum Thema Streetwork werden abgehalten, und es werden neue Präventionsprojekte entwickelt.

Eines steht fest: Prävention muss bereits im Kleinkindalter beginnen. Modellprojekte wie das „Haus der Familie“ in Kelmis setzen genau dort an. Zudem wird zurzeit an einem Case-Management-Projekt gearbeitet, das eine effiziente Zusammenarbeit und Koordination zwischen den unterschiedlichen Diensten ermöglichen soll. Viele

Familien, die sich in Problemsituationen befinden, haben Schwierigkeiten, aus eigener Initiative einen Dienst aufzusuchen. Kommt der Dienst aber zu ihnen nach Hause, ist die Bereitschaft wesentlich größer. Mehr aufsuchende und beratende Hilfsangebote für Familien sowie eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Schulen sind in meinen Augen unumgänglich.

Schaffen wir es, die individualisierte Einzelfallhilfe für Familien zu konkretisieren und die Dienste wirkungsvoll zu vernetzen, bin ich davon überzeugt, dass ihre präventive Wirkung auch positive Impulse für die Jugendhilfe haben wird. Herr Minister, dafür hoffe ich auf Ihre uneingeschränkte Unterstützung.

Werte Kolleginnen und Kollegen, bleiben wir bei den Kindern. Wenn Sie die Kleinen nach Ihrem Lieblingsessen fragen, werden sie Ihnen Fritten, Chips, Schokolade und Pizza nennen, was ganz natürlich ist. Schlimmer ist, dass in der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Zahl der übergewichtigen Kinder und Jugendlichen ansteigt. Das wurde bei der Erfassung des Body-Mass-Index der 6-, 12- und 15-jährigen Mädchen und Jungen durch die Schulgesundheitsvorsorge deutlich.

Bei Problemen werden die Eltern von den Gesundheitszentren informiert. Die Einbeziehung der Eltern ist besonders wichtig, denn das Erschreckende ist, dass Übergewicht Folgeerkrankungen auslösen kann. Dazu titelte die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 11. November 2011: „Alarmierender Trend bei Jugendlichen. Übergewicht kann auch Diabetes zur Folge haben!“ Aufgrund fehlender körperlicher Beschwerden wird die Erkrankung im Anfangsstadium gerade bei Kindern und Jugendlichen oft übersehen. So kann die Krankheit unbemerkt fortschreiten und ernsthafte gesundheitliche Risiken, wie Nierenversagen, Netzhautschäden, Herzinfarkt und Schlaganfall, und damit auch hohe Therapiekosten mit Auswirkungen auf die Lebensqualität und die Lebenserwartung des Einzelnen hervorrufen.

Die Prävention von Typ-2-Diabetes kann vor allem über eine Vorbeugung und Behandlung von Übergewicht und mit speziellen Programmen zur Steigerung der körperlichen Bewegung erreicht werden. In diesem Bereich gibt es bereits viele Best-Practice-Beispiele, die sicherlich auch für die Deutschsprachige Gemeinschaft interessante Anregungen liefern können. Wichtig ist zudem, dass die Gemeinden im Bereich der Gesundheitsprävention noch stärker einbezogen werden.

Eine weitere Anregung möchte ich an Sie, Frau Sportministerin, und Sie, Herr Unterrichtsminister, richten. Vor dem Hintergrund der von Professor Pfeiffer anlässlich der Vorstellung der Studie bezüglich der Jugendgewalt erwähnten neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse möchte ich Sie bitten zu prüfen, ob dem Sport in unseren Schulen der Stellenwert beigemessen wird, der ihm zukommt, denn zu Recht wurde bereits im Rahmenplan Sport festgehalten, dass sinnvoll betriebener Schulsport einen wichtigen Beitrag leistet, um sich wohl und gesund zu fühlen. Auch die moderne Hirnforschung belegt, dass Schüler mit guter Bewegungskoordination in Konzentrationstests wesentlich besser abschneiden.

Kommen wir von den Jungen zu den Älteren, den Omas und Opas, den Urgroßmüttern und Urgroßvätern. Es ist damit zu rechnen, dass es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen des demografischen Wandels in nicht allzu ferner Zukunft mehr Pflegefälle als Kindergartenkinder geben wird. Das Durchschnittsalter steigt, und wo mehr ältere Menschen sind, da besteht auch ein erhöhter Pflegebedarf.

Laut einer aktuellen Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung verdoppeln sich bis 2050 in allen Industrieländern die Kosten für die Pflege. Doch nicht jeder ist in der Lage, seine Angehörigen selbst zu betreuen. Für diesen Fall muss vorgesorgt werden, sowohl finanziell als auch mit genügend Pflegefachkräften, an denen es bereits jetzt mangelt. Schafft man keine Anreize, wird diese Kluft noch größer werden. Daher beteiligt sich die Deutschsprachige

Gemeinschaft unter anderem an einem euregionalen Interreg-Projekt zur Aufwertung der Pflegeberufe, um dem Pflegekräftemangel gezielt entgegenzuwirken und die psychische und körperliche Belastung in diesen Berufen zu verringern.

Werte Kolleginnen und Kollegen, 2012 ist das Jahr der Solidarität zwischen den Generationen. Dazu gehören die Schaffung von Anreizmöglichkeiten für pflegende Angehörige und die Einrichtung neuer Angebote für Senioren im Freizeit- und Beschäftigungsbereich. So wäre beispielsweise in der Kinderbetreuung der eine oder andere rüstige Rentner sicher gern gesehen. Außerdem brauchen wir neue Ideen und Initiativen für die Förderung von altersgerechten und intergenerationellen Wohnformen. Ziel muss es nämlich sein, langfristig Pflegeheimplätze nur noch mit Personen im hohen Alter zu belegen. Interessante Modellprojekte in diesem Bereich sind die Wohnberatungen und -anpassungen in Kooperation mit der Dienststelle für Personen mit Behinderung, die im Alter den Verbleib in den eigenen vier Wänden ermöglichen, das Quartierskonzept in Eupen, das Seniorendorfhaus in Schönberg und das Mehrgenerationenhaus in Hergenrath, in dem vier Generationen unter einem Dach leben.

Vor ein paar Wochen hat ein Forum mit dem Titel „Generationen in Aktion“ stattgefunden. Zielgruppe waren interessierte Bürger, Ehrenamtliche und professionelle Akteure auf allen Ebenen der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Ich selbst konnte nicht an diesem Forum teilnehmen, aber wenn es nur ein wenig von dem Elan und der Dynamik des Jugendhilfeforums hatte, bin ich sicher, dass es für die Teilnehmer sehr interessant und für die Regierung sehr aufschlussreich war.

Die verschiedenen Workshops befassten sich mit neuen Lösungen zum besseren gegenseitigen Verständnis zwischen den Generationen und dem gemeinsamen Lernen und Arbeiten. So wurde beispielsweise angeregt, einen Tag des generationellen Miteinanders einzurichten, eine wirklich sehr schöne Idee, die ich gerne unterstützen würde. Außerdem wurde angedacht, die Hausaufgabenschule

dazu zu nutzen, Jung und Alt zum Lernen zusammenzubringen, denn was für die Jungen Facebook und das Internet ist, ist für die Alten die Mondlandung, der Mauerbau und die Zeit in den wilden 60er-Jahren. All dies sind Herausforderungen, die wir mit Blick auf die kommenden Jahrzehnte meistern müssen und die in das seniorenpolitische Gesamtkonzept, das die Regierung vorlegen will, einfließen müssen.

2012 ist auch das Jahr des aktiven Alterns. Aktiv altern, das klingt nach Bewegung und Initiative. Das klingt so, als könnte ich mich darauf freuen, meinen Enkelkindern in meiner Senioren-WG übers Internet bei den Hausaufgaben zu helfen, während gleichzeitig ein netter junger Pfleger dafür sorgt, dass es mir rundum gut geht.

(Zwischenrufe und vereinzelt Gelächter)

HERR SERVATY (aus dem Saal): Ja, ist denn heute schon Weihnachten?

(Allgemeines Gelächter)

FRAU KLINKENBERG (vom Rednerpult): Bald! ... (Unruhe im Saal) ... Werte Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt entspricht den Prinzipien der Solidarität und Nachhaltigkeit und damit den Leitlinien von ProDG. Selbstverständlich wird die ProDG-Fraktion diesem Haushalt zustimmen! Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Berichterstattung:

**VORSCHLAG EINES BESCHLUSSES ZUR GENEHMIGUNG DES ENTWURFS EINES
GESCHÄFTSFÜHRUNGSVERTRAGS MIT DEM SOZIAL-PSYCHOLOGISCHEN ZENTRUM
VOG „BERATUNG UND LEBENSHILFE“ – DOKUMENT 67 (2010-2011) NR. 2**

**VORSCHLAG EINES BESCHLUSSES ZUR GENEHMIGUNG DES ENTWURFS EINES
GESCHÄFTSFÜHRUNGSVERTRAGS MIT DEM FRAUENZENTRUM FÜR BERATUNG,
BILDUNG UND OPFERSCHUTZ VOG „PRISMA“ – DOKUMENT 70 (2010-2011) NR. 2**

10. OKTOBER 2011

HERR SCHRÖDER, Präsident: Wir kommen zur Diskussion und Abstimmung über den Vorschlag eines Beschlusses zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags mit dem Sozial-Psychologischen Zentrum VoG „Beratung und Lebenshilfe“ – Dokument 67 (2010-2011) Nr. 2 – und über den Vorschlag eines Beschlusses zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags mit dem Frauenzentrum für Beratung, Bildung und Opferschutz VoG „Prisma“ – Dokument 70 (2010-2011) Nr. 2.

Das Präsidium schlägt vor, die allgemeine Diskussion gleichzeitig über beide Geschäftsführungsverträge zu führen. Kein Einwand? Dem ist so.

Nach der Berichterstattung erfolgt die Vorstellung der Geschäftsführungsverträge durch die Regierung, für die eine Richtredezeit von 15 Minuten angekündigt wurde. Für die anschließenden Stellungnahmen zu den beiden Entwürfen stehen 10 Minuten pro Fraktion zur Verfügung. Über die beiden Beschlussvorschläge wird getrennt abgestimmt. Kein Einwand? Dem ist so. Dann bitte ich Frau Klinkenberg, die Berichte vorzutragen.

FRAU KLINKENBERG (vom Rednerpult): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Herren Minister, werte Kolleginnen und Kollegen! In jeweils zwei Sitzungen befasste sich der Ausschuss IV für Gesundheit und Soziales mit den ihm zur Beratung vorgelegten Vorschlägen eines Beschlusses zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags mit dem Sozial-Psychologischen Zentrum VoG „Beratung und Lebenshilfe“ – Dokument 67 (2010-2011) Nr. 1 – sowie mit dem Frauenzentrum für Beratung, Bildung und Opferschutz VoG „Prisma“ – Dokument 70 (2010-2011) Nr. 1.

Wie Sie sicherlich wissen, müssen alle Geschäftsführungsverträge dem Parlament vor ihrer Unterzeichnung zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Regierung und das Ministerium stellten die Vertragsentwürfe im Ausschuss vor und beantworteten zusammen mit geladenen Vertretern der beiden Einrichtungen die Fragen der Ausschussmitglieder.

Betreffend die VoG SPZ betrafen die Fragen im Ausschuss im Wesentlichen das Beratungs- und Therapieangebot der Einrichtung für Personen in schwierigen Lebenslagen sowie neue Aufgaben, das Personal und seine Arbeitsbedingungen, die Qualitätssicherung sowie Finanzierungsaspekte.

Die Fragen zur VoG Prisma konzentrierten sich vorrangig auf ihre Angebote und dabei insbesondere auf das Frauenfluchthaus, die Qualitätssicherung, die Nutzer der Dienstleistung sowie Finanzierungsaspekte.

Für eine detaillierte Kenntnisnahme der Beratungen des Ausschusses verweise ich auf die Ihnen vorliegenden Berichte Dokumente 67 und 70 Nr. 2.

Der in Dokument 67 (2010-2011) Nr. 1 enthaltene Entwurf eines Geschäftsführungsvertrags mit dem SPZ wurde vom Ausschuss mit 5 Jastimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Der in Dokument 70 (2010-2011) Nr. 1 enthaltene Entwurf

eines Geschäftsführungsvertrags mit dem Frauenzentrum wurde vom Ausschuss mit 7 Jastimmen einstimmig angenommen.

Für die Abfassung der schriftlichen Berichte wurde der Berichterstatteerin einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen die Annahme der von ihm gutgeheißenen Geschäftsführungsvertragsentwürfe.

Ich danke der Verwaltung für die Ausarbeitung der Berichte und Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit!

Mündliche Frage von Frau Klinkenberg an Frau Ministerin Weykmans zum Infomarkt „Ehrenamt in der DG“

Behandelt in der Plenarsitzung vom 20. September 2011

FRAU KLINKENBERG (vom Rednerpult): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! 2011 ist das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit. Wie die Ergebnisse der im Rahmen des REK durchgeführten demoskopischen Befragung zeigen, gibt es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft viele Personen, die bereit wären, sich beispielsweise in der Jugendarbeit, in der Pflege oder im Kulturbereich ehrenamtlich zu engagieren. Der Erhebung ist ebenfalls zu entnehmen, dass sich die Befragten über ehrenamtliche Tätigkeiten nicht ausreichend informiert fühlen und es an Anerkennung fehlt. Die bereits ehrenamtlich tätigen Befragten machten sehr konkrete Angaben, wie man das Ehrenamt effektiver gestalten und ihm einen höheren Stellenwert zukommen lassen könnte.

Am Sonntag, den 18. September 2011 fand im Ministerium ein Infomarkt unter dem Motto „Ehrenamt in der DG“ statt, um stärker für das Thema zu werben. Meine Fragen an Sie, Frau Ministerin: War diese Veranstaltung erfolgreich? Wird es weitere Veranstaltungen dieser Art geben?

FRAU WEYKMANS, Ministerin: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Effektiv haben wir uns in diesem Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit auf das Thema „Anerkennung des Ehrenamtes“ und auf das Thema „Information für die ehrenamtlich Tätigen und über das Ehrenamt“ fokussiert. In diesem Sinne fand auch der Infomarkt am vergangenen Sonntag statt, der in diesem Jahr sicherlich einen Höhepunkt darstellte. Dieser Infomarkt bot den ehrenamtlichen

Organisationen die Möglichkeit, sich und ihre Arbeit vorzustellen. Sie konnten somit in der breiten Öffentlichkeit Anerkennung finden und neue Ehrenamtliche anwerben und für ihre Tätigkeiten begeistern. Wir können ein durchweg positives Fazit ziehen: Von den über 50 am Infomarkt teilnehmenden Organisationen haben wir sehr gute Rückmeldungen erhalten. Der Infomarkt zählte rund 400 Besucher, was uns in unserem Ansatz, unsererseits die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt in der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen des Regionalen Entwicklungskonzepts immer weiter zu verbessern, bestätigt hat.

Wir werden einen solchen Infomarkt zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal organisieren. Bereits bei der Vorbereitung in Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Organisationen wurde deutlich, dass es wichtig ist, eine solche Aktion auch im Süden unserer Gemeinschaft durchzuführen. Deshalb beabsichtigen wir, bereits 2013 nach dem gleichen Model einen Infomarkt des Ehrenamts in St. Vith zu veranstalten. Wir werden einen Aufruf an alle ehrenamtlichen Organisationen erlassen und sie bitten, sich an dieser Informationsveranstaltung zu beteiligen. Meines Erachtens haben wir damit den richtigen Weg eingeschlagen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Berichterstattung:

**DEKRETENTWURF ZUR ZUSTIMMUNG ZUM ZUSAMMENARBEITSABKOMMEN
ZWISCHEN DER FRANZÖSISCHEN GEMEINSCHAFT UND DER DEUTSCHSPRACHIGEN
GEMEINSCHAFT ÜBER DEN EINKAUF VON IMPFSTOFFEN ZUM SCHUTZ VON
KINDERN UND JUGENDLICHEN, GESCHEHEN ZU BRÜSSEL AM 21. APRIL 2011 –
DOKUMENT 82 (2010-2011) NR. 1**

27. JUNI 2011

HERR SCHRÖDER, Präsident: Wir kommen zur Diskussion und Abstimmung über den Dekretentwurf zur Zustimmung zum Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über den Einkauf von Impfstoffen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen, geschehen zu Brüssel am 21. April 2011 – Dokument 82 (2010-2011) Nr. 1.

Ich gehe nicht mehr auf die Redezeiten ein, denn diese sind Ihnen bekannt. Kein Einwand? Dem ist so. Dann bitte ich Frau Klinkenberg, den Bericht vorzutragen.

FRAU KLINKENBERG (vom Rednerpult): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! In einer Sitzung befasste sich der Ausschuss IV für Gesundheit und Soziales mit dem ihm zur dringlichen Beratung vorgelegten Dekretentwurf zur Zustimmung zum Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über den Ankauf von Impfstoffen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen, geschehen zu Brüssel am 21. April 2011 – Dokument 82 (2010-2011) Nr. 1.

Im Ausschuss teilten Regierung und Ministerium zum Dekretentwurf mit, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft verpflichtet sei, zum Erwerb und zur Lieferung von

Impfstoffen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Polio, Diphtherie, Keuchhusten, Tetanus, Masern, Mumps, Röteln, Hepatitis B, durch Humane Papillomaviren hervorgerufene Infektionen sowie durch Haemophilus Influenzae Typ B, Pneumokokken und Meningokokken vom Typ C verursachte invasive Erkrankungen einen Angebotsaufruf auf europäischer Ebene auszuschreiben.

Mit Bezug auf Artikel 15 des Gesetzes vom 15. Juni 2006 über öffentliche Aufträge und bestimmte Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge, der vorsehe, dass ein Auftraggeber, der sich einer im selben Gesetz beschriebenen zentralen Beschaffungsstelle anschließe, von der Verpflichtung der Einleitung eines eigenen Vergabeverfahrens befreit sei, habe die Regierung in ihrer Sitzung vom 1. April 2011 beschlossen, für den Ankauf der betreffenden Impfstoffe auf die zentrale Beschaffungsstelle der Französischen Gemeinschaft zurückzugreifen. Das zur Zustimmung vorliegende Zusammenarbeitsabkommen vom 15. Juni 2011 schaffe dazu die rechtliche Grundlage und erlaube ferner, sich an dem von der Französischen Gemeinschaft auszuschreibenden Angebotsaufruf zu beteiligen.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft nehme bei Bestellungen schon seit Jahren die Dienste der zentralen Beschaffungsstelle der Französischen Gemeinschaft in Anspruch. Der Staatsrat habe dafür jetzt aber eine rechtliche Grundlage in Form eines Zusammenarbeitsabkommens gefordert, das nun vorliege, und dem vom Parlament zugestimmt werden müsse. Dank des Anschlusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft an die zentrale Beschaffungsstelle der Französischen Gemeinschaft, die eine große Quantität Impfstoffe ordere, könne erheblich günstiger angekauft werden.

Zur Dringlichkeit des Dekretentwurfs bemerkten Regierung und Ministerium, dass die mit der Erstellung des Zusammenarbeitsabkommens verbundenen Prozeduren bedauerlicherweise und unverschuldet verhältnismäßig spät in Gang gekommen seien. Zudem laufe die Ausschreibung der Bestellung am 31. August 2011 aus. Da die Impfstoffe den Schulgesundheitszentren jedoch zu Beginn des nächsten Schuljahres

zur Verfügung stehen sollen, müsse der Dekretentwurf noch vor der Sommerpause verabschiedet werden. Das Anbieten von Impfungen auf Schulebene erreiche nachgewiesenermaßen einen besonders großen Teil der Zielgruppe. Auch sei hier die Bereitschaft für Impfungen größer.

Zu den Investitionen der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Ankauf von Impfstoffen wurde mitgeteilt, dass jährlich – komplementär zu den Mitteln des Föderalstaates, der zwei Drittel der Impfkosten übernehme – zwischen 50.000 und 60.000 Euro zur Verfügung gestellt würden.

Hinweisen möchte ich noch darauf, dass sich der Ausschuss im Rahmen der Behandlung des Dekretentwurfs ausführlich über verschiedene mit Impfungen verbundene Aspekte informierte beziehungsweise diese diskutierte, so zum Beispiel das neue Angebot einer Schutzimpfung gegen Gebärmutterhalskrebs in der Sekundarschule – in Belgien ist lediglich die Impfung gegen Polio obligatorisch –, das Für und Wider gewisser Impfungen und diesbezügliche Informationsmöglichkeiten für die Regierung, das Ministerium und die Öffentlichkeit.

Zu den Abstimmungen: Der einzige Artikel des Dekretentwurfs wurde mit 7 Jastimmen einstimmig angenommen.

Der Berichterstatterin wurde für den mündlichen Bericht einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen die Annahme des Ihnen vorliegenden Dekretentwurfs.

Ich danke der Verwaltung für die Hilfe bei der Ausarbeitung des Berichts und Ihnen, meine Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit!

Mündliche Frage von Frau Klinkenberg an Herrn Ministerpräsidenten Lambertz zum Beitritt der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen

Behandelt in der Plenarsitzung vom 28. März 2011

FRAU KLINKENBERG (vom Rednerpult): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Am 10. Februar 2011 hat die Regierung der vollwertigen Mitgliedschaft der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen zugestimmt.

Dazu meine Frage an Sie, Herr Ministerpräsident: Welche Gründe und Interessen gibt es für den Beitritt zu dieser Dachorganisation europäischer Grenzregionen?

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG) ist einer der ältesten Dachverbände Europas. Sie wird in diesem Jahr 40 Jahre alt und veranstaltet übrigens im kommenden Jahr ihre Jahreshauptversammlung 2012 in der Euregio Maas-Rhein.

In dieser Arbeitsgemeinschaft arbeiten rund 150 Grenzregionen oder grenzüberschreitende Verbände aus den 47 Mitgliedstaaten des Europarates zusammen. Gemeinsam ist ihnen die Lage als Grenzregion, eine Lage, die viele gemeinsame Probleme, aber auch gemeinsame Lösungsansätze aufweist. Wie Sie wissen, habe ich die Ehre, seit Februar 2010 der siebte Präsident dieser Vereinigung zu sein. Zu den Vorgängern gehören so illustre Persönlichkeiten wie der jetzige deutsche Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble. Ich hoffe, dass ich mich in diese Reihe ehrenvoll einordnen kann.

Als Deutschsprachige Gemeinschaft haben wir natürlich ein ganz großes, ein existenzielles Interesse an den Entscheidungen, die in einer solchen Arbeitsgemeinschaft getroffen werden, denn wir können ohne Übertreibung behaupten, dass wir eine Grenzregion par excellence sind. Grenzprobleme gehören hier zum Alltag, und es gibt keine einzige politische Entscheidung von einigermaßen bedeutender Tragweite, die nicht auch eine grenzüberschreitende Dimension hat. Genau wie die Deutschsprachige Gemeinschaft in der Versammlung der Regionen Europas, in der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV), in der Konferenz der Präsidenten der regionalen gesetzgebenden Versammlungen in der Europäischen Union (CALRE) und in der Konferenz der Europäischen Regionen mit Gesetzgebungsbefugnis (REGLEG) mitarbeitet oder auch in den offiziellen Einrichtungen wie dem Ausschuss der Regionen oder dem Kongress der Regionen und Gemeinden beim Europarat vertreten ist, hat sie sich der AGEG angeschlossen, weil diese ein sehr willkommener Ort ist, um Erfahrungen auszutauschen, Kontakte zu knüpfen und vor allem um gemeinsam Lobbyarbeit zu betreiben oder aber nach Partnern für Netzwerke zu suchen.

Die Vielfalt der Grenzregionen wird vor allem deutlich, wenn man sich die von der AGEG veröffentlichte Karte ansieht. Es ist eine sehr aussagekräftige Karte, denn jeder Kreis oder jedes Viereck auf dieser Karte steht für ein bestehendes grenzüberschreitendes Kooperationsprojekt in Europa. Sehr viele von ihnen sind Mitglied in der AGEG. Hier wird deutlich sichtbar, welche Rolle die Grenzregionen als Nahtstelle des Zusammenhalts in Europa spielen. Dort gibt es eine Reihe von Netzwerken, in denen auch die Euregio Maas-Rhein sehr aktiv mitarbeitet. Von aktueller Bedeutung sind das Netzwerk für Gesundheitsvorsorge, in dem übrigens unter Federführung der Euregio und in Zusammenarbeit mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein Interreg-IVC-Projekt in Planung ist, die Sommeruniversität für Jugendliche und Projekte im Bereich der grenzüberschreitenden Raumordnung. Erste politische Priorität genießt derzeit die Gestaltung der zukünftigen Kohäsionspolitik

nach 2014. Dabei geht es um die Entscheidung, ob es für die Strukturfonds weiterhin Gelder in der bisherigen Größenordnung geben oder ob sich diesbezüglich etwas ändern wird. Gerade der territoriale Zusammenhalt und die Zusammenarbeit an den Grenzen sind sehr komplexe Materien. Deshalb finden zwischen der AGEG und der Europäischen Kommission regelmäßig intensive Kontakte statt. Noch in der vergangenen Woche bin ich mit dem EU-Kommissar Hahn am Rande seines Besuchs in Straßburg zusammengetroffen. Am 16. Juni 2011 werde ich Herrn Barroso treffen. In allen diesen Angelegenheiten hat die AGEG eine ganz konkrete Rolle zu spielen und dabei entstehen auch für die Deutschsprachige Gemeinschaft interessante Kontakte und Handlungsmöglichkeiten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Haushaltsdebatte 2011: OB 50 – GESUNDHEIT UND SOZIALES

7. DEZEMBER 2010

FRAU KLINKENBERG (vom Rednerpult): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Minister Mollers, die Menschen, die von Ihrem Etat betroffen sind, können auch weiterhin damit rechnen, dass die wichtigen Dienstleistungen im Sozialbereich aufrechterhalten bleiben. Das freut mich besonders, denn ich kann mir vorstellen, wie Haushaltssitzungen der Regierung in Anbetracht der Krise verlaufen. Es sind schwierige Zeiten. Zudem sind wir in der Jugendhilfe mit dringenden Herausforderungen konfrontiert, die ein akutes, auf Prioritäten ausgerichtetes Handeln erfordern. Dem steigenden Bedarf wird also Rechnung getragen, und das bei rekurrenten Mindereinnahmen. Der Sozialhaushalt wird im Vergleich zur zweiten Haushaltsanpassung 2010 ohne Berücksichtigung der Infrastrukturausgaben um 3,64 % erhöht. Diese Erhöhung bedeutet aber nicht, dass wir nicht sparen müssen. Der Haushalt 2010 ist wieder ein Sparhaushalt.

Kommen wir zunächst zu den Infrastrukturausgaben. Mehr als 8,4 Millionen Euro an Projektkosten fließen 2011 in den Sozialbereich. Davon gehen allein 6,6 Millionen Euro, das sind 80 %, an die beiden Krankenhäuser. Hier trägt die Deutschsprachige Gemeinschaft zwar nur einen Anteil von 10 %. Diese 10 % sind aber die Voraussetzung, damit die Kliniken überhaupt die restlichen 90 % vom Föderalstaat bekommen. Das Budget des Föderalstaates ist nämlich über den sogenannten Baukalender bis zum Jahre 2015 begrenzt. Erst wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft ihre Beteiligung von 10 % zugesagt hat, gibt der Föderalstaat seinen Anteil in Höhe von 90 % frei.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist übrigens der einzige Teilstaat Belgiens, der den Baukalender zu 100 % ausschöpft. Damit stellt sie den Kliniken alle im föderalen Budget vorgesehenen finanziellen Mittel zur Verfügung. Weder die Flamen noch die Wallonen tun das. Das zeugt in meinen Augen von der Bereitschaft der Regierung, beide Krankenhäuser zu unterstützen und weiterzuentwickeln. Alle wichtigen Projekte der beiden Kliniken der Deutschsprachigen Gemeinschaft können also zukünftig umgesetzt werden. Alle Zuwendungen wurden in einem Vertrag schriftlich besiegelt. Die beiden Häuser haben dadurch finanzielle Planungssicherheit für ihre Bauprojekte und die Anschaffung ihrer Ausstattung.

Nach mehrjährigen Verhandlungen begrüßt die ProDG-Fraktion die Unterzeichnung dieser Verträge, denn hier geht es um die Absicherung des Gesundheitsstandortes Deutschsprachige Gemeinschaft und damit auch um die medizinische Grundversorgung für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Die geplanten Bauvorhaben werden dazu beitragen, die Kliniken für Patientinnen und Patienten aber auch für Fachpersonal attraktiver zu gestalten. Denn die Bedeutung der beiden Krankenhäuser als Arbeitgeber ist ebenfalls nicht zu unterschätzen.

2015, nach Ablauf des Baukalenders, werden wir also, wenn alles gut geht und die Rahmenbedingungen dieselben bleiben, über zwei ortsnahe Krankenhäuser mit einer hochmodernen Infrastruktur verfügen. Und das ist nicht selbstverständlich für einen kleinen Teilstaat wie die Deutschsprachige Gemeinschaft.

Eines der vorrangigsten Themen der künftigen Gesundheitspolitik wird die Frage sein, wie die Krankenhausstandorte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft dauerhaft abgesichert werden können. Die ProDG-Fraktion begrüßt daher das von der Regierung vorgestellte Zukunftsprojekt Gesundheit sichern. Eines steht fest: Netzwerkbildung und Zusammenarbeit sind für die Standortfestigung der beiden

Krankenhäuser unerlässlich. Wichtig ist aus unserer Sicht vor allem eine Kooperation im Bereich der Verwaltung und des Managements.

Es ist klar, dass gerade kleinere Kliniken wie Eupen und St. Vith vor großen Herausforderungen stehen, wenn sie auf dem immer stärker umkämpften Markt bestehen wollen. Große Universitätskliniken haben einen viel besseren Zugang zu hoch qualifizierten Ärzten und neuen Technologien. Die föderalen Normen sind aber dieselben für alle belgischen Kliniken und tragen den Gegebenheiten kleinerer Krankenhäuser kaum Rechnung. Die beiden Kliniken in Eupen und St. Vith müssen also kreativ sein und sich am Gesundheitsstandort Deutschsprachige Gemeinschaft komplementär zueinander entwickeln. Nur so setzen sie ihre Existenz nicht aufs Spiel. Wir hoffen daher, dass sich die Verantwortlichen der beiden Kliniken konstruktiv an diesem Prozess beteiligen, im Sinne einer bestmöglichen Gesundheitsversorgung der Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Werte Kolleginnen und Kollegen, von den Krankenhausstationen möchte ich den Übergang zur stationären und ambulanten Jugendhilfe wagen, auch wenn diese Problematik eine ganz andere ist.

Die steigende Anzahl straffällig gewordener und gefährdeter Kinder und Jugendlicher macht mir Sorgen. Nicht selten befinden sich die Heranwachsenden in schwierigen Lebenssituationen und zeigen schon vor dem tatsächlichen Eklat Verhaltensauffälligkeiten. Zurzeit liegen die durchschnittlichen Ausgaben für die Unterbringung eines Jugendlichen in einer spezialisierten Einrichtung der Jugendhilfe bei ca. 50.000 Euro pro Person pro Jahr. Gleichzeitig nimmt die Verweildauer in den Einrichtungen zu.

Auf der anderen Seite ist der Bedarf an Plätzen in Pflegefamilien fortwährend steigend. Fast 60 Kinder werden in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zurzeit von Pflegefamilien oder Einzelpersonen betreut. Die Kinder, die in Pflegefamilien

unterkommen, müssen nicht im Heim betreut werden. Pflegefamilien unterstützen also die Arbeit der Jugendhilfe. Daher möchte ich die Bitte an den Sozialminister richten, die Qualität der Unterstützung für die Pflegeeltern zu erweitern und zu verbessern. Je weniger Schwierigkeiten die Pflegefamilien bei der Betreuung der Kinder und Jugendlichen haben, desto größer sind die Erfolgsaussichten.

Dass die Anzahl von Unterbringungen straffälliger und gefährdeter Jugendlicher durch den Jugendrichter so drastisch zunimmt, ist ein Symptom dafür, welche Herausforderungen auf unsere Gesellschaft zukommen. Es gibt mehr und mehr sogenannte Multiproblemfamilien, d. h. Familien, die sich gleichzeitig mit einer ganzen Reihe von Problemen auseinandersetzen müssen: Arbeitslosigkeit, Krankheit, Erziehungsprobleme, Suchtprobleme, usw. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung lässt vermuten, dass die Fallzahlen in der Jugendhilfe weiter ansteigen werden. Eine Entschärfung der Lage ist nicht in Sicht. Im Gegenteil, die Familie als Lebensgemeinschaft von Erwachsenen und Kindern ist einem Wandlungsprozess unterworfen. Sozialarbeiter beobachten eine zunehmende Belastung und Überforderung von Familien. In unserer modernen Gesellschaft ist die Erziehungsaufgabe vieler Familien von Konflikten und Problemen überschattet. Benötigt werden daher neue Formen der Beratung und Alltagshilfe für Familien mit Unterstützungsbedarf.

Der Sozialbericht zu „Familien mit vielfältiger Problembelastung“, der letzte Woche vorgestellt wurde, bietet dazu interessante Erkenntnisse. In meinen Augen ist dieser Bericht eine hervorragende Initiative des ehemaligen Sozialministers Gentges, die von Herrn Minister Mollers weitergeführt und vollendet wurde. Den vorgelegten Bericht habe ich mit Spannung gelesen. Er analysiert die Lage von Familien mit vielfältiger Problembelastung im Dialog mit Betroffenen. Außerdem wird im Bericht ein Case-Management-Projekt vorgeschlagen, das eine effiziente Vernetzung von Hilfeleistungen ermöglichen soll. Dabei geht es weniger um die Ausweitung der

Angebote für Multiproblemfamilien, sondern eher um eine systematische Koordination der Hilfe und um verkürzte Wege für die Betroffenen. Denn die Probleme dieser Familien sind ebenso vielfältig wie die Anzahl Dienstleistungen, die sie in Anspruch nehmen können.

Jetzt sind Sie also gefordert, Herr Minister Mollers, die gute Vorarbeit der Arbeitsgruppe politisch fortzusetzen. Wir würden ein umfassendes, langfristig angelegtes Präventionskonzept sehr begrüßen. Über die Kooperation und Zusammenführung der unterschiedlichen Dienste könnte ein System der prophylaktischen Familienbegleitung aufgebaut werden. Denn der beste Weg, um Familien vor schwierigen Lebenssituationen zu schützen, ist die Früherkennung und Frühhilfe, bevor Probleme auftreten.

Die Prävention in der Jugendhilfe ist eine Querschnittsaufgabe. Sie erfordert eine enge Zusammenarbeit der Regierungsmitglieder. Altersgerechte Kultur- und Sportangebote sind hier ebenso gefragt wie die präventionsorientierte Jugendarbeit. Der Vorsorge in der Schule unter Einbeziehung des DKF, der PMS- und Gesundheitszentren und weiterer Akteure käme ebenfalls eine wichtige Bedeutung zu - sozusagen Prävention von der Kindererziehung bis zur Erwachsenenbildung. Das Zukunftsprojekt „Modernisierung und Neustrukturierung der PMS- und Gesundheitszentren sowie kinder- und jugendunterstützender Sozialdienste“ setzt genau da an: Eine bessere Zusammenarbeit der Akteure, damit Informationen noch besser fließen und viel früher eingegriffen werden kann, denn so kann bei Jugendlichen Risikoverhalten vermieden werden. Das hält die ProDG-Fraktion für den richtigen Ansatz.

Für die konkrete Präventionsarbeit in der Jugendhilfe wurde im April 2010 ein Begleitausschuss eingesetzt. Damit ist ein erster wichtiger Schritt getan. In diesem Gremium arbeiten Vertreter aus dem direkten Umfeld der Jugendhilfe Hand in Hand mit Experten aus dem Sozialbereich. Sozialminister Mollers sagte, vom

Begleitausschuss für Jugendhilfe erwarte er einen besseren Informationsaustausch, eine stärkere Vernetzung der Beteiligten und innovative Ideen für die Gestaltung der Jugendhilfe. Diese Hoffnung teile ich. Die flächendeckende Ermittlung des Bedarfs in der Jugendhilfe sowie die Ausarbeitung entsprechender Maßnahmen ist u. a. Aufgabe des jährlichen Jugendhilfeforums des Begleitausschusses.

Ich fasse zusammen und kommen zum Ende: Es soll zukünftig mehr Effizienz, eine bessere Planung und eine gezielte Präventionsarbeit in der Jugendhilfe geben. Kinder sind Zukunft. Kindererziehung ist daher auch mit einer großen Verantwortung verbunden. Die ProDG-Fraktion wünscht sich, dass die vielen guten Initiativen erfolgreich sein mögen. Wir stimmen dem Haushalt zu, denn wir erkennen trotz der insgesamt begrenzten finanziellen Mittel eine seriöse Sozialpolitik mit den richtigen Akzenten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Mündliche Frage von Frau Klinkenberg an Herrn Ministerpräsidenten Lambertz zur Zusammenarbeit mit der Städteregion Aachen

Behandelt in der Plenarsitzung vom 25. Oktober 2010

FRAU KLINKENBERG (vom Rednerpult): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Bis 2017 wird in Aachen auf Melaten eines der größten Forschungszentren Europas entstehen. Die Erweiterung des RWTH-Campus ist auch für die Deutschsprachige Gemeinschaft mit weitreichenden Herausforderungen im Bereich des Nahverkehrs, des Wohnungsbaus und der Freizeitangebote verbunden. Neben der Schaffung von 10.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen und der Anziehungskraft auf die verschiedensten Wirtschaftszweige ist mit positiven Auswirkungen für die gesamte Grenzregion und deren Kooperation zu rechnen.

Andererseits stellt diese Entwicklung die nördlichen Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft auch vor erhebliche Infrastrukturanforderungen. Daher meine Fragen an Sie, Herr Ministerpräsident: Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit der Städteregion Aachen und wie bereitet sich die Regierung auf die bevorstehenden Herausforderungen vor? Ich danke Ihnen für Ihre Antwort!

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Für die Deutschsprachige Gemeinschaft ist alles von großer Bedeutung, was in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft geschieht – im Norden, im Süden, im Westen, im Osten. Sie hätten dieselbe Frage auch für die anstehenden sehr spannenden Entwicklungen im Norden Luxemburgs stellen können. Sie fragen jetzt nach Aachen und das ist naheliegend, denn das, was dort geplant ist, hat es in sich. Im Umfeld der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule, der AGIT und des

Klinikums wird dort in enger Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und privaten Investoren eines der größten europäischen Projekte geplant. Da wird von mehreren Tausend Arbeitsstellen gesprochen. Wenn nur ein Bruchteil davon in den nächsten Jahren Wirklichkeit werden sollte, hat das auf die Gesamtsituation in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und insbesondere auf die Situation im Norden Ostbelgiens eine ganz bedeutende Auswirkung.

Chancen und Herausforderungen sind damit in vielfältiger Weise verbunden. Sie haben darauf hingewiesen und ich werde das jetzt nicht weiter vertiefen.

Seit der Entstehung der Städteregion Aachen hat sich die Deutschsprachige Gemeinschaft darum bemüht, die dort vorhersehbare Entwicklung sehr genau zu begleiten. Wir durften als beobachtende Partner im übertragenen Sinne des Wortes der Geburt der Städteregion beiwohnen. Die Städteregion hat uns im Laufe des Jahres 2010 den Vorschlag gemacht, gemeinsam mit der Parkstadt Limburg, dem Nachbarn auf niederländischer Seite, einen sogenannten EVTZ, einen Europäischen Verbund für Territoriale Zusammenarbeit, zu bilden, um diese gemeinsamen Herausforderungen auch gemeinsam in Angriff zu nehmen.

Wir sind sehr gerne auf dieses Angebot eingegangen, haben aber von vorneherein gesagt, dass das nicht nur die Gemeinschaft als solche betrifft, sondern mindestens genau so sehr auch die Gemeinden. Deshalb bildet dieser ganze Komplex um den Standort Melaten herum das erste, vielleicht dringendste Beispiel für jene wichtige Zusammenarbeit, die wir gemeinsam mit den Gemeinden des Gebietes deutscher Sprache und allen Nachbargemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft beginnen wollen, so wie es im Regionalen Entwicklungskonzept dargestellt wird. Wir hoffen, dass es zu einer sehr konkreten Zusammenarbeit kommt, die schon in den nächsten Monaten Form annehmen kann. Aus Aachen kommt ein gewisser Druck, was auch verständlich ist, und gerade für Gemeinden wie Eupen, Lontzen, Raeren und Kelmis stecken darin ganz wichtige Perspektiven. Wir werden versuchen, diese Zusammenarbeit, mit der wir uns sehr intensiv auseinandersetzen, zu einem

Erfolg zu machen. Wir hoffen, dass die für uns entstehenden Chancen ergriffen werden können und dabei neue Perspektiven für die Lebensbedingungen der Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft entstehen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

DEBATTE ÜBER DIE GEMEINSCHAFTSPOLITISCHE ERKLÄRUNG DER REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT – DOKUMENT 16 (2009-2010) NR. 2

27. SEPTEMBER 2010

FRAU KLINKENBERG (vom Rednerpult): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Wo wollen wir eigentlich hin? Stellen Sie sich mit mir doch bitte einmal folgende Situation vor: Eine wirtschaftlich starke Region, die nicht nur eine vielfältige Kulturlandschaft bietet, sondern außerdem einen hohen Standard in der Gesundheitspflege gewährleistet und nicht nur aufgrund ihres exzellenten Bildungssystems weit über ihre Grenzen hinweg Kooperationen pflegt. Bei Alt und Jung gleichermaßen beliebt, ist die Region bekannt als attraktiver Lebensraum für Menschen aller Generationen und Schichten. Aufgrund der von klein auf geförderten Mehrsprachigkeit, der hohen Bildungsgerechtigkeit und Solidarität wird in dieser Region interkulturelle Kompetenz gelebt. Auch unzählige Touristen lassen sich oft und gerne in dieser Region beherbergen. Nennen Sie die Region Utopia, vielleicht aber auch die Deutschsprachige Gemeinschaft im Jahre 2025 nach erfolgreicher Umsetzung des REK.

Eines steht fest: Ohne eine richtungsweisende Vision lässt sich bekanntlich nicht viel erreichen. Ein guter Arbeitstag beginnt mit Zielen. Dieser Spruch stammt nicht von mir, sondern von einem der erfolgreichsten Unternehmer Deutschlands. So utopisch scheint die geschilderte Situation auch gar nicht zu sein, denn an der Erstellung des Regionalen Entwicklungskonzepts haben immerhin 350 Bürgerinnen und Bürger aktiv mitgewirkt. Als freie Bürgerliste freut uns das natürlich ganz besonders. Mit viel Vor- und Nachbereitung seitens des Ministeriums und externer Sachverständiger ist ein ganzheitliches Konzept entstanden, das eine solide Basis für die politische Arbeit in

der Deutschsprachigen Gemeinschaft während der nächsten drei Legislaturperioden darstellt. Die Betonung, werte Kolleginnen und Kollegen, liegt hierbei auf „drei Legislaturperioden“. Langfristige Ziele sind in der Regionalentwicklung unerlässlich.

So ist es meines Erachtens für uns Politiker auch überaus wichtig, über Legislaturperioden hinaus zu denken, denn nur so kann Nachhaltigkeit garantiert werden, eine Leitlinie, die ProDG als Basis ihres politischen Handelns definiert hat. In der Regierungserklärung der letzten Woche ist also aus guten Gründen von einer ersten Umsetzungsphase die Rede. Das bedeutet selbstverständlich aber auch, dass im Rahmen dieser Regierungserklärung Prioritäten gesetzt werden mussten. Außerdem können wir selbstverständlich nur dort aktiv werden, wo uns die Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft keine Grenzen setzen. Die Vorbereitung einer eventuellen Übertragung der Bereiche Raumordnung und Wohnungsbau von der Wallonischen Region zeugt also durchaus von Mut zur Verantwortung. Vorausdenken, das sehen wir gerne.

Nun haben wir uns in der ProDG-Fraktion die Frage gestellt, wo wir die größten Herausforderungen und damit auch die größten Handlungsfelder der nächsten Jahre sehen. Ich möchte kurz auf einige eingehen. Werte Kolleginnen und Kollegen, in Zeiten der Globalisierung, wie wir sie kennen, erlebt das Bedürfnis, sich mit seiner Umgebung zu identifizieren, eine Renaissance. Das wiederum unterstreicht, wie wichtig es in ländlichen Gegenden wie der unseren ist, das Vereinsleben zu fördern, das Ehrenamt zu fördern, Anreize zu schaffen, dezentral zu organisieren – unter dem Strich, bürgernahe Politik zu betreiben und mit einer guten Infrastruktur, mit guten Angeboten für die Jugend, für Familien, für behinderte Menschen und für Senioren anzutreten.

Damit wären wir beim demografischen Wandel. Ich war vor Kurzem in einem spanischsprachigen Land und musste feststellen, dass Menschen, die sich vom Arbeitsleben zurückgezogen haben, im Spanischen „Jubilierende“ heißen. Stellen Sie

sich das einmal vor: In Spanien jubeln die Rentner! In unseren Breitengraden sieht man das Ausscheiden aus dem Beruf nicht unbedingt als einen Grund zum Feiern, ganz im Gegenteil. Wie Sie wissen, stehen wir vor der Herausforderung, dass die Bevölkerung immer älter wird. Der Ausbau der Gesundheits- und Pflegedienste sowie eine gezielte Koordination und Zusammenarbeit der Sozialdienste sind daher langfristig unerlässlich. Nur so können wir hoffen, dass 2025 auch bei uns die Senioren jubeln.

Ich möchte auf eine weitere große Herausforderung eingehen. Nach wie vor ist Bildung für ProDG das Mittel gegen Armut. Der Standortvorteil Mehrsprachigkeit ist dabei nicht zu unterschätzen und macht die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht nur für Unternehmen interessant. Auf der anderen Seite haben aber auch wir mit einem sich abzeichnenden Fachkräftemangel zu kämpfen. Es ist also enorm wichtig, auch für meine Generation, wirtschaftlich interessante Perspektiven zu schaffen und den hiesigen Arbeitsmarkt attraktiv und wettbewerbsfähig zu gestalten.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Ende meines Redebeitrags. Die Umsetzung des REK erfordert ein Denken in neuen Dimensionen und vor allem aber auch eine gute Zusammenarbeit zwischen allen beteiligten Partnern. Es ist kein Geheimnis, dass der Erfolg des REK wesentlich von der Akzeptanz und der Handlungsbereitschaft der hiesigen Akteure abhängt. Sein Erfolg hängt also auch von unserer Mitarbeit ab. Wenn wir es aber schaffen, diese hohen Ziele umzusetzen, hat jeder von uns etwas davon und die Deutschsprachige Gemeinschaft und ihre Dienstleistungen werden ein großes Stück attraktiver.

ProDG hat sich zum Prinzip gemacht, die Autonomie als Instrument der bürgernahen und effizienten Politikgestaltung zu nutzen. Unsere Forderungen finden wir in den Zukunftsprojekten wieder. In der Regierungserklärung erkennen wir die Vision, der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein zukunftsstragendes Profil zu verleihen. Die ProDG-Fraktion hat sich daher entschieden, mitzugestalten. Daher möchten wir die

Regierung auch bitten, ihrem Vorschlag nachzukommen und das Parlament weiterhin über alle Arbeitsschritte zu informieren und regelmäßig an der Weiterentwicklung des REK teilhaben zu lassen. Viele Ideen sind gut, eine verwirklichte ist besser. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

**Mündliche Frage von Frau Klinkenberg an Frau Ministerin Weykmans zum
Programm des EU-Ratsvorsitzes**

Behandelt in der Plenarsitzung vom 28. Juni 2010

FRAU KLINKENBERG (vom Rednerpult): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! In einigen Tagen wird ganz Europa für sechs Monate auf Belgien blicken. Im Rahmen des belgischen EURatsvorsitzes ist mit weitreichenden Impulsen für die belgische Wirtschaft zu rechnen. Frau Ministerin Weykmans, Sie sind vor allem als Vorsitzende des EUTourismusministerrates in die Vorbereitung der EU-Ratspräsidentschaft eingebunden. Daher möchte ich Sie bitten, uns die letzten Informationen zum Programm des belgischen EU-Ratsvorsitzes und zur Beteiligung der Deutschsprachigen Gemeinschaft darzulegen.

FRAU WEYKMANS, Ministerin: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wie es der Präsident eben gesagt hat, habe ich heute in Brüssel einige Termine zur Vorbereitung der EU-Ratspräsidentschaft wahrgenommen. Ich möchte mich deshalb für mein verspätetes Eintreffen entschuldigen.

Ich habe den Ausschuss II kürzlich schon über das informiert, was anlässlich der belgischen Ratspräsidentschaft im EU-Tourismusministerrat sowie im Jugend- und Sportbereich, wo wir die Wortführerschaft haben, geschehen wird.

Durch den Vertrag von Lissabon wurde das EU-Parlament aufgewertet. Aus diesem Grund werden die Kommission und vor allem die Präsidentschaft des EU-Ministerrates im Tourismusbereich und allen anderen Bereichen viel enger mit dem Parlament zusammenarbeiten müssen. Das kommt unter der belgischen

Präsidentschaft erst richtig zum Tragen und bedarf einer ganzen Reihe von Abstimmungen auf verschiedenen Ebenen. In den vergangenen Monaten haben bereits viele Arbeitssitzungen mit den Kabinetten, den ständigen Vertretern, den EU-Behörden und den Vertretern der spanischen und künftigen ungarischen Präsidentschaft stattgefunden. Zwecks Vorbereitung der Präsidentschaft habe ich persönlich bereits eine ganze Reihe von Terminen wahrgenommen. So habe ich beispielsweise am informellen Ministerrat in Madrid teilgenommen, bin mehrfach mit den belgischen Tourismusministern zusammengetroffen und habe an einem Arbeitstreffen mit dem EU-Vizepräsident und Kommissar für Tourismus, Antonio Tajani, teilgenommen.

Um auch die soeben erwähnte Zusammenarbeit mit dem Parlament zu gewährleisten, habe ich heute Nachmittag ein informelles Gespräch mit dem Vorsitzenden des für Transport, Verkehr und Tourismus zuständigen Parlamentsausschusses, dem Engländer Brian Simpson, sowie mit den verschiedenen Fraktionssprechern dieser Kommission geführt, unter anderem mit dem Europaabgeordneten Mathieu Grosch, der Fraktionssprecher der PPE-Fraktion ist. Im Anschluss daran fand das internationale Pressegespräch statt, an dem alle Minister teilgenommen haben, die von der belgischen EU-Ratspräsidentschaft betroffen sind. Am 30. Juli 2010 wird die Kommission das Kommissionspapier über den Tourismus, die sogenannte Kommunikation, veröffentlichen, das für den Tourismus sehr wichtig ist. Wie Sie wissen, ist der Tourismus erst seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon zu einer europäischen Materie geworden. Am selben Tag nehme ich an einer Tagung von Nesctour teil, einem europäischen Zusammenschluss von Tourismusregionen, die den nachhaltigen Tourismus fördern. Dabei wird das künftige EU-Tourismusförderprogramm vorgestellt, in dem das Augenmerk auf die Nachhaltigkeit gerichtet wird. Am 2. Juli 2010 finden weitere Arbeitsgespräche zwischen der belgischen EURatspräsidentschaft und der Kommission statt. Am 13. Juli 2010 steht ein wichtiger Termin an; dann werde ich dem europäischen

Tourismusausschuss das Programm vorstellen und darüber mit den Parlamentariern diskutieren.

Nach der Sommerpause geht es dann weiter. Am 7. September 2010 wird uns der europäische Tourismuskommissar Antonio Tajani in Eupen einen offiziellen Besuch abstatten. Im Rahmen einer Pressekonferenz werden wir die Möglichkeit haben, die EUTourismuspolitik und deren Kommunikation vorzustellen und zu besprechen.

Am 27. und 28. September 2010 finden in Brüssel unter Federführung der Kommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Welttourismustage statt. An diesen Tagen wird der EDEN-Preis (European Destination of Excellence) verliehen, der herausragende ländliche Reiseziele in der EU auszeichnet, die sich vor allem dem nachhaltigen Tourismus verschrieben haben. So wurde beispielsweise 2008 in diesem Programm auch Ostbelgien eine Anerkennung vonseiten der Europäischen Union zuteil, was leider von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurde.

Am 12. Oktober 2010 werden wir die Ehre haben, den ersten formellen Tourismusministerrat in Luxemburg zu organisieren. Insofern wir einen Konsens zwischen den 27 Mitgliedstaaten finden, werden wir dort die Leitlinien für die zukünftige EUTourismuspolitik verabschieden. Daran werden wir während der Sommermonate noch sehr intensiv arbeiten und die Konzertierungen abschließen.

Am 18. und 19. November 2010 wird auf Malta das Europäische Tourismusforum stattfinden, das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorbereitet und von der EUKommission finanziert wird. Im Rahmen dieses Forums werden unterschiedliche Themen behandelt, die Leitlinien werden nochmals hervorgehoben und vertieft werden, so beispielsweise die Frage der Visibilität und der Marke Europa in der zukünftigen Tourismuspolitik. Zwecks Vorbereitung dieses Forums haben schon viele Arbeitsgespräche stattgefunden, und es werden noch weitere folgen.

Nach diesem Forum im November dürfte der Großteil der Aufgaben erledigt sein. Wir

werden um sehr viele Erfahrungen reicher sein und sicherlich die Gewissheit haben, aktiv an der Erstellung der Grundlagen der europäischen Tourismuspolitik mitgewirkt zu haben. Diese wird langfristig auch die Rahmenbedingungen für den ostbelgischen Tourismus bilden und Auswirkungen haben. Wir sind auch sicher, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft ihren Beitrag zum Gelingen der gesamten belgischen EURatspräsidentschaft geleistet hat. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Mündliche Frage von Frau Klinkenberg an Frau Ministerin Weykmans zum Jugendtreff Freestyle

Behandelt in der Plenarsitzung vom 17. Mai 2010

FRAU KLINKENBERG (vom Rednerpult): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Vor einigen Tagen wurde im Grenz-Echo die problematische Lage des Jugendtreffs Freestyle in Herbesthal thematisiert. Nach mehreren Einbrüchen und Vandalismuszwischenfällen mussten die Öffnungszeiten trotz des großen Publikumszuspruchs, den der Jugendtreff genießt, auf einen Abend in der Woche reduziert werden. Im Artikel des Grenz-Echos wurde berichtet, dass der Begleitausschuss für die offene Jugendarbeit in der Gemeinde Lontzen mit den verantwortlichen Akteuren in der Jugendarbeit zusammentrifft.

Da Sie, Frau Ministerin Weykmans, im Begleitausschuss vertreten sind, möchte ich Sie bitten, die dort besprochenen Lösungsansätze für den Jugendtreff darzulegen und kurz zu erklären, welche Entwicklungen es gegeben hat.

FRAU WEYKMANS, Ministerin: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Am Freitag, dem 7. Mai 2010 hat der Begleitausschuss für die offene Jugendarbeit in Lontzen getagt. Der Begleitausschuss ist bekanntlich eingesetzt worden, um die Umsetzung des Leistungsauftrags, den wir mit der Gemeinde Lontzen für die offene Jugendarbeit abgeschlossen haben, zu kontrollieren. In der Sitzung des Begleitausschusses hat die verantwortliche Jugendarbeiterin natürlich über die Vorfälle im Jugendtreff Freestyle berichtet. Darüber war ja im Grenz-Echo zu lesen, wie Frau Klinkenberg eingangs bereits erwähnt hat. Schade ist natürlich, dass diese Problematik schon im Vorfeld der Versammlung des Begleitausschusses in der Presse

stand. Daran werden wir aber heute nichts mehr ändern können. Was ist im Jugendtreff in Herbesthal vorgefallen? Erstens hat es mehrere Einbrüche gegeben und es ist mehrfach randaliert worden. Zweitens ist es so, dass das Verhalten der Treffbesucher, einer geschlossenen Clique von jungen Leuten zwischen 13 und 22 Jahren, der Belebung des Treffs nicht förderlich ist, weil andere Jugendliche aus diesem Grund bisher den Weg zum Jugendtreff noch nicht gefunden haben. Es ist bekanntlich sehr schwierig, das Prinzip der Partizipation und der Verantwortungsübernahme über die offene Jugendarbeit in die Gemeinden und vor allem zu den Jugendlichen zu bringen.

Die von den Jugendlichen in Herbesthal selbst erstellte Hausordnung wurde mehrfach nicht respektiert. Das Konzept der offenen Jugendarbeit kann also nicht in der von uns festgelegten Form funktionieren und stößt immer wieder an seine Grenzen.

Bereits Mitte April wurde während einer Versammlung auch mit den Jugendlichen gesprochen. Die Resonanz war nicht sehr groß und der Tenor war letzten Endes der, dass sich die Jugendlichen nicht wirklich ändern möchten und nicht bereit sind, sich an die Regeln zu halten, die eben in einem solchen Jugendtreff zu respektieren sind. Der Begleitausschuss hat daraufhin am 7. Mai 2010 nach einer sehr langen Beratung beschlossen, diesen Treff erst einmal bis Ende September zu schließen.

Die Jugendarbeiterin hat die Jugendlichen über diese Entscheidung informiert. Diese Situation ist übrigens nichts Neues. Wir haben schon einmal erlebt, dass ein Jugendtreff aufgrund einer ähnlich schwierigen Situation geschlossen werden musste. Die Jugendarbeiterin hat also die Jugendlichen in Herbesthal auf die bevorstehende Schließung des Treffs hingewiesen und hat sie gleichzeitig auf die Aktivitäten aufmerksam gemacht, die von der offenen Jugendarbeit der Gemeinde Lontzen während der Sommermonate angeboten werden. Wir hoffen natürlich, dass viele Jugendliche diese Angebote wahrnehmen werden.

Wie soll es nun weitergehen? Am 25. August 2010 wird erneut eine außerordentliche Versammlung des Begleitausschusses stattfinden, um die weitere Vorgehensweise

abzuklären. Bis dahin soll die Jugendarbeiterin ein Konzept über die Zukunft des Herbesthaler Jugendtreffs erstellen. In der Zwischenzeit wird die Gemeinde Lontzen mit der Gemeinde Welkenraedt Kontakt aufnehmen, denn Herbesthal ist kein klassisches Dorf, wie wir das von anderen Ortschaften kennen. Wir stehen hier vor der Problematik, dass auch sehr viele Jugendliche aus Welkenraedt den Jugendtreff in Herbesthal besuchen. Die Herausforderung ist eben die, dass beide Gemeinden den gleichen Sozialraum haben und diesen auch abdecken sollten. Deswegen werden sich auch die Gemeinden Gedanken machen, wie man mit der Situation umgehen muss. Im Begleitausschuss wird danach neu entschieden, wie es weitergehen soll.

Aus der Erfahrung heraus bin ich davon überzeugt – in Lontzen haben wir es mit einem der ältesten Modelle der Jugendarbeit zu tun –, dass die Jugendarbeit dort weiterhin sehr gut funktionieren wird. Zurzeit haben wir ein Tief – es gibt immer eine Art Sinuskurve – aber es wird auch wieder aufwärtsgehen. Ich bin davon überzeugt, dass die offene Jugendarbeit Lontzen auch diese Herausforderung meistern wird. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Mündliche Frage von Frau Klinkenberg an Herrn Ministerpräsidenten Lambertz zum Visionspapier der flämischen Junggrünen

Behandelt in der Plenarsitzung vom 19. April 2010

FRAU KLINKENBERG (vom Rednerpult): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Die flämischen Junggrünen haben vor Kurzem ein Visionspapier zur Zukunft des belgischen Föderalstaates veröffentlicht. Nach dieser Vision würde die Deutschsprachige Gemeinschaft in allerletzter Konsequenz Gefahr laufen, in ihrer jetzigen autonomen Form komplett von der Bildfläche zu verschwinden. Dass das mit weitreichenden Konsequenzen für die Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft verbunden wäre, ist meiner Ansicht nach selbstverständlich.

Diesbezüglich und im Zusammenhang mit den aktuellen Entwicklungen hinsichtlich der Zukunft des Wahlbezirks Brüssel-Halle-Vilvoorde stelle ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, folgende Frage: Wie steht die Regierung zu diesem Thema und wie gedenkt sie zu reagieren?

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wie steht die Regierung zu Brüssel-Halle-Vilvoorde? Dazu könnte ich Ihnen nach meiner Teilnahme an einer Sitzung heute Morgen in Brüssel einiges sagen, aber ich werde mich hüten, darüber zu reden, denn ich glaube, dass wir alle ein großes Interesse daran haben, dass diese Dinge in eine gute Bahn gelenkt werden und dass es zu einem Kompromiss kommt. Dabei ist die keineswegs so einfache Entscheidung unseres Parlaments, einen Interessenkonflikt anzustreben, von zukunftsweisender Bedeutung gewesen. Warten wir also ab, allzu lange dauert das ohnehin nicht mehr.

Um auf den Vorschlag der Junggrünen zurückzukommen: Wenn in Belgien irgendeine Partei, eine Jungpartei – egal wie groß oder klein sie auch sein mag – etwas Bewegung in die Diskussion über die belgische Staatsreform bringt, dann sollten wir uns darüber grundsätzlich immer freuen. Eines der großen Probleme unseres Landes besteht nämlich darin, dass diese Diskussion schon fast seit einem Jahrzehnt blockiert ist, genauer gesagt seit den Lambermont-Verhandlungen, und dass wir insbesondere seit 2007 eine ziemlich blockierte Situation erleben, bei der sich die Dinge mehr oder weniger im Kreise drehen.

Wenn irgendjemand Vorschläge macht, müssen wir aber auch aufhorchen und uns sofort die Frage stellen, was man denn da mit uns vorhat. In der Mehrheit der Fälle werden wir feststellen, dass man uns ganz einfach vergessen hat. Zur Deutschsprachigen Gemeinschaft habe ich, abgesehen von einer kurzen Andeutung im Wahlprogramm der Schwesterpartei einer bedeutenden Partei in diesem Haus, wovon nachher niemand mehr etwas wissen wollte, bisher noch nie etwas einigermaßen Konkretes in einem französischen oder flämischen Text gelesen. Im vorliegenden Fall ist der Vorschlag in der Tat verhängnisvoll. In diesem Dokument steht zwar, dass man den Deutschsprachigen nichts abnehmen will. Wenn man aber den Text richtig liest und versucht, uns in den Gesamthalt einzuordnen, dann gerät man auf die Ebene der „Unterregionen“, die sich die flämischen Junggrünen unterhalb der Regionen vorstellen und in die wir hineingezwängt werden sollen. Das wäre in der letzten Konsequenz, wenn nicht schon in einer der ersten, ein Abschied von der jetzigen Situation. Deshalb müssen wir sehr deutlich sagen, dass wir damit genauso wenig einverstanden sind, wie mit dem Modell „zwei große Gemeinschaften plus zwei kleine Anhängsel (Brüssel und Deutschsprachige Gemeinschaft)“ oder mit dem Modell „drei Regionen“ oder was es sonst in der letzten Zeit noch so alles an Vorschlägen gegeben hat.

Wir müssen uns auf unseren Konsens berufen und deutlich sagen, dass wir ein gleichberechtigter Bestandteil des belgischen Föderalstaates bleiben und noch mehr

werden, als wir es jetzt sind. Wenn wir gefragt werden, sollten wir auch deutlich sagen, dass wir uns – auch wenn wir es nicht unbedingt unmittelbar und sofort fordern – in der Lage fühlen und bereit sind, alle Zuständigkeiten wahrzunehmen, die den Gemeinschaften und Regionen in Belgien übertragen werden. Das ist der Wortlaut des Konsenses, den wir 2008 erzielt haben und darauf sollten sich alle berufen. Natürlich sind immer diejenigen, die der jeweiligen Partei etwas näherstehen, besonders gefordert. Das geht ja in schöner Runde quer durch alle Parteien.

Dieses Mal habe ich mich sehr darüber gefreut, dass sich die ostbelgischen Grünen zu Wort gemeldet und gesagt haben, dass sie bei ihren Parteifreunden noch etwas Bewusstseinsarbeit leisten und Argumente vorbringen müssten. Weniger gefallen hat mir zumindest die im Fernsehen veröffentlichte Aussage einer Mitarbeiterin des Fraktionssekretariats, die als Ziel formuliert hat, dass wir mindestens das behalten müssten, was wir jetzt schon haben. Das wäre ja wohl noch schöner, wenn man daran rütteln würde. Unser Ziel muss klar und deutlich so formuliert werden, wie es in der gemeinsamen Stellungnahme steht. Da ist sicherlich aber noch nicht das letzte Wort gesprochen; vielleicht nicht bei den flämischen Grünen, aber auf jeden Fall nicht in Belgien insgesamt. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

Debatte zur Frage 8 von Frau Klinkenberg zum Visionspapier der flämischen Junggrünen.

FRAU KLINKENBERG (vom Rednerpult): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Antwort des Ministerpräsidenten auf meine Frage nach der Zukunft des belgischen Föderalstaates hat unsere uneingeschränkte Zustimmung gefunden. ProDG hat sich bereits öffentlich zu diesem Thema geäußert. Die Gemeinschaftsautonomie ist für die Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft von existenzieller Bedeutung. Man

denke nur einmal an die Krankenhäuser, Altenpflegeheime und Schulen unseres Sprachgebietes, die ohne die Autonomie heute nicht existieren würden. Eine Abschaffung der Deutschsprachigen Gemeinschaft als gleichberechtigter Partner in Belgien, also möglicherweise als Untersektion der Wallonischen Region, würde mit Sicherheit die Lebensqualität in der Deutschsprachigen Gemeinschaft maßgeblich verschlechtern.

Dass ProDG mit dieser Meinung nicht alleine dasteht, wurde bereits in einem Allparteienkonsens in der vergangenen Legislaturperiode deutlich. ProDG steht zu 100 % hinter diesem Abkommen, in dem kurzfristig eine Übertragung der Zuständigkeiten für Raumordnung, Wohnungsbau und die Provinzen angestrebt wird. In diesem Allparteiengespräch wurde außerdem festgehalten, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft in Belgien immer ein gleichberechtigter Teilstaat bleiben muss. Dabei müssen wir die aktuellen innerbelgischen Entwicklungen aufmerksam und intensiv verfolgen und uns immer dann einmischen, wenn es notwendig erscheint.

Da ein Konsens aller Fraktionen dieses Hauses vorliegt, ist eine Debatte zu diesem Thema folglich nur sinnvoll, wenn Herr Braun erklärt, warum er eine Klarstellung in Form einer Debatte beantragt hat. Unsere Position kennen Sie. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

HERR VELZ (vom Rednerpult): Vielen Dank, Herr Präsident! Ich wollte nur noch etwas präzisieren. Ich habe eben in dem Zusammenhang das Wort „unüberlegt“ gebraucht. Das möchte ich präzisieren. „Unüberlegt“ ist diese Position der flämischen Junggrünen nicht im Gesamten, sondern nur in Bezug auf die Deutschsprachige Gemeinschaft. Wenn Kollege Braun noch mit den Junggrünen ins Gespräch kommt, dann sollte er sehr deutlich machen – das ist meine Bitte an ihn -, dass man diese vielleicht unüberlegte Idee in

Bezug auf uns noch gutmachen und das Ganze durch Gespräche in die richtige Richtung lenken kann. Sollte diese Idee aber überlegt gewesen sein, dann ist es ein Skandal und dann wir müssen alle gemeinsam reagieren und – da schließe ich mich ganz Herrn Collas an – unseren Schulterschluss zeigen.

Das gesamte Papier enthält etliche interessante Vorschläge. Ich denke da zum Beispiel an den Vorschlag, die Provinzen in Flandern nach und nach abzuschaffen – das kann auch für anderswo gelten – und Teilstaaten, die eine nachhaltige und sozialwirtschaftliche Entwicklung verwirklichen, eine besondere Belohnung zukommen zu lassen. Das wäre ja genau das, was auf uns zutreffen würde. Unser Regionales Entwicklungskonzept hat alle diese Merkmale, und dann würde uns diese Belohnung ja zustehen, vorausgesetzt, dass man uns nicht zuerst abschafft.

(Vereinzelt Gelächter).

Also wenn schon, dann nicht – wie im Vorschlag der Junggrünen steht – „drie gewesten“, also drei Regionen bzw. Gemeinschaften, sondern vier, bitteschön! Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Applaus bei ProDG, der SP und der PFF)

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe es eben gesagt: In Sachen Staatsreform ist Wachsamkeit angesagt, und heute kann man im wörtlichen und übertragenden Sinne wirklich sagen: zu jeder Tages- und Nachtzeit.

Die Präzisierungen, die wir hier gehört haben, waren sehr wichtig, vor allem aus dem Munde der Grünen. Ich nehme mit sehr großer Zufriedenheit zur Kenntnis, dass sich Kollege Braun im Namen seiner Fraktion uneingeschränkt hinter das Allparteienabkommen und die darin enthaltenen Aussagen stellt. Das war mir bei den Fernsehaussagen Ihrer Fraktionsmitarbeiterin, die mittlerweile parteiintern zu größeren Ehren gekommen ist, nicht so deutlich, denn sie beschränkte sich darauf,

zumindest das Bestehende erhalten zu wollen. Das ist eine aus meiner Sicht völlig falsch formulierte Richtung. Diese Aussagen erinnern mich ein wenig an das, was wir vor einiger Zeit mit einer anderen Pressemitteilung von ECOLO in Bezug auf die Verhandlungen mit der Wallonischen Region erlebt haben. Danach wurde plötzlich im Wallonischen Parlament zweimal die Frage aufgeworfen, ob noch alle einstimmig hinter den DG-Forderungen stehen.

Ich will damit nicht behaupten, dass jemand etwas nicht richtig gemacht hat. Ich will wirklich nur darauf hinweisen, dass wir Sensibilität an den Tag legen müssen. Wir sollten der Kritik möglichst keine Türen öffnen, denn es gibt zu viele Personen, die nur darauf warten, und das sind weiß Gott nicht nur flämische oder wallonische Grüne. Ich kenne in meiner Partei noch sehr viele mehr, was auch etwas damit zu tun hat, dass es sich um eine bedeutend größere Partei als die flämischen Grünen handelt. Es ist leider in allen Parteien so, und von den anderen werde ich jetzt erst gar nicht reden.

Der Text der flämischen Junggrünen hat in der Tat sehr viel mit politischem Mut zu tun. Es ist äußerst mutig, aus flämischer Sicht eine solche Position zu vertreten, in der die Brüsseler Realität, die eigentlich das ganze Thema vergiftet, als regionale Identität anerkannt wird. Das ist in der Tat etwas, was in Flandern noch seine Zeit brauchen wird. Ich bin persönlich fest davon überzeugt, dass es keine definitive belgische Lösung geben wird, solange sich die Flamen nicht irgendwann mit diesem Phänomen abfinden. Wir warten einmal ab, was heute Abend in Brüssel diskutiert worden ist. Meine bisherigen Informationen sind noch nicht ganz vollständig, aber es passiert einiges und es kann durchaus spannend werden.

Meines Erachtens muss der Hebel in der Tat bei den Details dieses Positionspapiers angesetzt werden. Es ist nämlich nicht so, dass die Junggrünen uns vergessen hätten.

Das wäre zwar auch nicht nett, aber noch nicht so problematisch wie die Art und Weise, wie sie uns berücksichtigt haben. Im Visionspapier steht ja, dass die Gemeinschaften abgeschafft werden sollen. Dann kommt der entscheidende Satz: „De Duitstalige Gemeenschap dient haar eigenheid niet volledig optegeven.“ Das heißt im Umkehrschluss, dass wir die Eigenart der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum Teil schon aufgeben müssten. Deutsch darf wohl noch offizielle Landessprache sein. Weiter heißt es: „... en het kan fungeren als een streekgewest.“ Was verstehen die flämischen Junggrünen unter dem Begriff „streekgewest“? Das ist die Ersatzformel für Provinzen und Interkommunale. Auf diese Ebene dürfen wir uns strukturell auf keinen Fall herabsetzen lassen. Dann würden wir nämlich da sein, wo wir wirklich nicht sein wollen. Meines Erachtens besteht da noch ein großer Diskussionsbedarf. Es wäre sehr schön, wenn man nach diesem Ansatz der flämischen Junggrünen, mit dem sie in Sachen Brüssel wirklich den flämischen Rubikon überschreiten, noch den kleinen Zusatzsprung hinbekäme, die Deutschsprachige Gemeinschaft als Vierte im Bunde zu akzeptieren.

Ansonsten denke ich, dass wir in den nächsten Wochen und Monaten noch sehr oft Gelegenheit haben werden, über Staatsreform zu diskutieren, und dies hoffentlich zu einer früheren Tageszeit. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

DIENSTLEISTUNGSDEKRETTENTWURF – DOKUMENT 29 (2009-2010) NR. 4

15. MÄRZ 2010

FRAU KLINKENBERG (vom Rednerpult): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Die wirtschaftliche Integration Europas hat die EU zu einem der führenden Wirtschaftsräume der Welt heranwachsen lassen. Wie sieht es aber mit der grenzüberschreitenden Erbringung von Dienstleistungen aus?

Die europäische Dienstleistungsrichtlinie ist dabei ein wichtiges Reformvorhaben mit dem Ziel, bestehende bürokratische Hindernisse abzubauen. Mit den Bestimmungen der Richtlinie sollen eine Vereinfachung der Verwaltungsverfahren und eine Stärkung des gegenseitigen Vertrauens erreicht werden. Dieses Vertrauen muss auf zwei Ebenen bestehen: unter den Mitgliedstaaten einerseits und zwischen den Dienstleistungserbringern und Verbrauchern aus den EU-Ländern andererseits. Die Mitgliedstaaten werden in der Dienstleistungsrichtlinie aufgefordert, Maßnahmen wie einheitliche Ansprechpartner für Dienstleister und Verwaltungszusammenarbeit einzuführen. Mit dieser Richtlinie sollen Dienstleister ihre Arbeit also ohne Barrieren überall in der EU mit einem zentralen Ansprechpartner zur Aufnahme und Ausübung ihrer Dienstleistung anbieten können. So kann sich also künftig eine deutsche Firma, die sich bei uns niederlassen möchte, an diesen zentralen Ansprechpartner wenden, der sich wiederum um alle Fragen kümmert, die erforderlichen Dokumente entgegennimmt und die Genehmigungen an die deutsche Firma weiterleitet. Außerdem wird die elektronische Abwicklung von Formalitäten durch die Richtlinie ermöglicht. Die Prozeduren werden also vereinfacht. Gleichzeitig werden aber auch die Rechte von

Verbrauchern verbessert und konkrete Maßnahmen festgelegt, um eine Qualitätspolitik auf dem Gebiet der Dienstleistungen in ganz Europa zu entwickeln. Was also bedeutet die Umsetzung der Richtlinie konkret für die Deutschsprachige Gemeinschaft? Nach der Ordnung des belgischen Föderalstaates hat die Deutschsprachige Gemeinschaft die Zuständigkeit, über die zukünftige Umsetzung der Richtlinie innerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu entscheiden, denn das ist Teil der Rechte und Pflichten eines autonomen Gliedstaates. Deshalb haben wir einen eigenen Europaparlamentarier, der unsere Interessen in Brüssel und Straßburg vertritt und die Stimme Ostbelgiens auf europäischer Ebene hörbar machen soll. Das weitere Zusammenwachsen des europäischen Dienstleistungsmarktes ist vor allem für unsere grenznahe Deutschsprachige Gemeinschaft von großem wirtschaftlichen Interesse. Die ProDG-Fraktion sieht in der grenzüberschreitenden Kooperation in Europa eine Chance. Auf dieser Ebene kann gerade die Deutschsprachige Gemeinschaft eine wichtige Brückenfunktion und Vorreiterrolle spielen.

Wir sind davon überzeugt, dass angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise und der geplanten Massenentlassungen bei Carrefour und Aspel die Dienstleistungsrichtlinie der Wirtschaft durch die europäische Harmonisierung neue Impulse verleihen wird. Selbstverständlich wird die ProDG-Fraktion diesem Dekretentwurf zustimmen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Haushaltsdebatte 2011: OB 50 – GESUNDHEIT UND SOZIALES

1. DEZEMBER 2009

FRAU KLINKENBERG (vom Rednerpult): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Was denken Sie, wie ProDG den Haushalt im Organisationsbereich 50 beurteilt? Überraschung: Wir heißen ihn gut!

Das bedeutet aber nicht, dass wir den Haushalt nicht kritisch begutachtet haben. Wir mussten aber feststellen, dass die Familie, die Gesundheit und das Soziale von den Sparzwängen weitgehend unberührt bleiben. Das freut uns besonders, denn im Sozialbereich geht es darum, qualitativ hochwertige Dienstleistungen für die Menschen in unserer Gemeinschaft zu erhalten und weiter auszubauen. Es stimmt immer noch, die Deutschsprachige Gemeinschaft ist keine einsame Insel. Die weltweite Wirtschaftskrise stellt uns vor Herausforderungen, die dieses Parlament noch nicht gekannt hat.

Dass die wenigen Sparmaßnahmen im Organisationsbereich 50 besonders sozialverträglich ausfallen, liegt daran, dass wir langfristig denken. Die Sozialinvestitionen von heute bestimmen maßgeblich das Bild der Gesellschaft von morgen. Senioren, sozialschwache und behinderte Menschen dürfen nicht durch das gesellschaftliche Netz fallen. Dem steigenden Bedarf an Leistungen wurde daher im Haushalt konsequent Rechnung getragen. Ich möchte sogar so weit gehen, zu sagen, dass der Haushalt 2010 einen Schwerpunkt auf den Sozialbereich legt. Eine sparsame und sozial verantwortungsvolle Haushaltspolitik können wir nur unterstützen.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auf einige Themenfelder des Haushalts näher eingehen. Zum einen wäre da die Ausbildung zum Kinderbetreuer und zum Familien-, Senioren- und Pflegehelfer. Dem dringenden Bedarf folgend wird im nächsten

Januar diese Umschulung wieder angeboten, auch wenn die europäischen Finanzmittel für dieses Weiterbildungsangebot entfallen. Die Deutschsprachige Gemeinschaft muss somit 2010 rund 200.000 EUR für die Ausbildung neuer Pflegekräfte aufbringen. Da es sich aber um eine äußerst wichtige und sehr erfolgreiche Beschäftigungsmaßnahme handelt, wird an dieser Stelle nicht gespart. 30 Personen über 21 Jahre ohne jegliche Vorbildung wird also eine neue berufliche Perspektive gegeben. Das Zertifikat befähigt die Absolventen, in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen, in der Kinderbetreuung und bei den Familienhilfsdiensten zu arbeiten. Der Fachkräftemangel in den Pflegeberufen wird also im Haushalt durch ein qualitativ hochwertiges und für den Auszubildenden kostengünstiges Weiterbildungsangebot berücksichtigt.

Da wir gerade bei den Familiendiensten sind, möchte ich mit Ihnen einen Blick auf die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf werfen. Junge Frauen haben gelernt, das kann ich Ihnen bestätigen, die klassischen 3 K - wahrscheinlich kennen Sie die: Kinder, Küche, Kirche - um das K für Karriere zu erweitern. Nach einer vor Kurzem durchgeführten Umfrage der Bertelsmann-Stiftung strebt die Mehrzahl aller europäischen Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf an. Ich möchte aber an dieser Stelle nicht den Fehler machen, alleinerziehende Väter und Mütter zu vergessen. Es gibt eine europäische Norm, die die Förderung von Familie und Beruf in Zahlen fasst. Die sogenannte Lissabon-Norm sieht vor, dass für mindestens 33 % der Null- bis Dreijährigen ein Betreuungsangebot sichergestellt sein muss. Die Deutschsprachige Gemeinschaft kann stolz behaupten, diese 33 % zu erreichen. Das hindert uns aber nicht daran, da, wo Bedarf besteht, weitere Betreuungsdienste einzurichten. Seit Herbst 2009 kann die Deutschsprachige Gemeinschaft flächendeckend 19 Standorte der außerschulischen Betreuung vorweisen. Auch das Pilotprojekt „Betreuung kranker Kinder“ steuert in diese Richtung. Die Ermittlung von weiterem Entwicklungsbedarf in der Kinderbetreuung stellt uns vor eine wichtige Herausforderung.

Auch der Bedarf an berufsqualifizierenden Maßnahmen für Elternteile, die sich der Kindererziehung widmen, muss geprüft werden, denn Kindererziehung verdient Anerkennung. Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Nutzen einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf liegt auf der Hand. Familien- und Kinderfreundlichkeit ist ein zentraler Faktor für die Zukunftsfähigkeit unserer Region. Es ist kein Geheimnis, dass unsere Bevölkerung immer älter wird und die Geburtenquote in der Deutschsprachigen Gemeinschaft vergleichsweise niedrig ist. Um gegenzusteuern, muss die Politik geeignete Rahmenbedingungen stellen. Benötigt wird ein Konzept für eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft mit konkreten Umsetzungsvorschlägen. Die ProDG-Fraktion begrüßt daher, dass die Regierung 2010 ein Konzept zur Familienförderung herausbringen möchte. Dieses Konzept sollte im besten Fall eine Vernetzung aller Organisationen, von der Kleinkindbetreuung bis hin zur häuslichen Hilfe, vorsehen. Dass dabei Parlament und Ministerium mit gutem Beispiel vorangehen müssen, um ihrer Vorbildfunktion gerecht zu werden, ist meiner Ansicht nach selbstverständlich.

Werte Mitglieder von Parlament und Regierung! Auch die Prävention ist ein Bereich, der in der Familienpolitik Berücksichtigung finden muss. Die steigende Anzahl behandelter Fälle im Rahmen des Fonds zum Schutz des ungeborenen Lebens spricht für sich. Das haben wir eben bereits gehört. Vielen Frauen in Problemsituationen kann durch diesen Fonds geholfen werden. Aber die steigenden Zahlen sollten uns aufhorchen lassen. Die Familie spielt eine Schlüsselrolle in der Entwicklung des Menschen. Erziehung ist sehr wichtig bei der Gestaltung der frühen Lernwelten von Kindern. Wo der familiäre Kontext extrem ungünstig ist, ist eine Unterstützung der Eltern notwendig. Die Gründe für gravierende familiäre Probleme können vielfältig sein. Sie können zum Beispiel Folgen einer plötzlichen Arbeitslosigkeit, von Suchtverhalten oder Armut sein. Wichtig dabei ist, dass die Familie eine präventive Bedeutung in der Verhinderung von Verhaltensstörungen bei Jugendlichen hat.

Meine Damen und Herren! Die Kosten für die Unterbringung in Jugenddiensten sind immens hoch. Der Bedarf wird bis heute zu 100 % abgedeckt. Ich denke aber, Sie stimmen mir zu, wenn ich sage, dass wir präventiv handeln müssen. Minister Mollers hat angekündigt, ein Präventionskonzept erarbeiten zu wollen. Wir werden seine Initiative unterstützen.

Die Präventionsmaßnahmen im Gesundheitsbereich konzentrieren sich vor allem auf die Förderung der gesunden Ernährung, der Bewegung und der mentalen Gesundheit von Kindern. Doch der Haushalt sieht auch Spielraum für neue Ansätze vor. Eine Herausforderung in den kommenden Jahren wird sein, Synergien zwischen den vielen Akteuren zu schaffen, die in der Gesundheitsprävention aktiv sind. Es ist zu überlegen, wie die Arbeiten des DKF, der Zahnprophylaxe, der PMS- und Gesundheitszentren, der ASL und des Patienten Rat & Treff besser koordiniert werden können. Eine erfolgreiche Vernetzung ermöglicht eine bessere Kommunikation und Zusammenarbeit der vielen verschiedenen Dienste.

Ich möchte daher im Namen der ProDG-Fraktion die Regierung auffordern, ein Gesamtkonzept zur Förderung der Gesundheitsprävention zu erarbeiten. Dazu gehört auch ein Konzept, um der steigenden Demenzanfälligkeit zu begegnen, da damit zu rechnen ist, dass mit der zunehmenden Alterung der Bevölkerung das Problem an Bedeutung gewinnt. Wussten Sie, dass es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bereits mehr als 1000 Demenzbetroffene gibt? Das ist ein Bürger von 75. Diese Zahlen könnten sich bis zum Jahre 2025 mehr als verdoppeln. Es laufen zwar bereits Weiterbildungen für das Pflegepersonal zur Begleitung von Demenzbetroffenen, gefragt ist aber eine komplett neue Kultur der Begleitung von Menschen, die an Demenz leiden, mit einer Koordinierungsstelle, die Betroffene und Angehörige berät, Schulungen anbietet, Aufklärung über die Krankheitsbilder und Therapiemöglichkeiten betreibt und den Erfahrungsaustausch unterstützt. Ein Blick über den Tellerrand in Richtung Flandern und NRW oder eine Kooperation mit diesen Regionen könnte da sicherlich interessanten Input leisten.

Um der steigenden Vereinsamung älterer Menschen im Allgemeinen zu begegnen, muss der Frage der Mobilität im Alter in Zukunft mehr Aufmerksamkeit zukommen. Viele ältere Mitbürger sind zwar heute im hohen Alter viel rüstiger als vor 20 oder 30 Jahren, haben aber auch mehr Probleme mit Isolierung im Alltag und suchen, vor allem im ländlichen Raum, nach Möglichkeiten, sich auszutauschen. Ich möchte an dieser Stelle die Jugendorganisationen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft loben, die in Seniorenheimen beispielsweise anbieten, das Grenz-Echo vorzulesen.

Intergenerationeller Austausch ist förderungswürdig.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich noch einmal kurz zusammenfassen.

Für die ProDG-Fraktion stehen auf der Agenda der nächsten Jahre Konzepte und Aktionen für eine familien-, kinder- und seniorenfreundliche Politik und eine Neustrukturierung der Gesundheitsförderung. Ein Blick in die Zukunft zeigt: Wir befinden uns auf dem richtigen Weg. Deshalb möchten wir der Regierung unsere Unterstützung zusichern. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!